

**Der demografische Wandel:
Auswirkungen und Handlungsmöglichkeiten für die
Jugendsozialarbeit und die Jugendhilfe im Deutschen Roten Kreuz**



Impressum

Herausgeber:

Deutsches Rotes Kreuz – Generalsekretariat
Team Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Carstennstraße 58
12205 Berlin

www.DRK.de

Autor:

Prof. Dr. Michael Behnisch
Fachhochschule Frankfurt am Main

Mitarbeit:

Dr. Ramona Brockmann
DRK-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Redaktion:

Juliane Ostrop
Deutsches Rotes Kreuz – Generalsekretariat

Gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Gefördert durch die Lotterie GlücksSpirale

Berlin, Januar 2009

Inhalt

Inhalt.....	3
Vorwort.....	4
Einleitung.....	6
1. Chance oder Fluch: Der demografische Wandel in Deutschland.....	8
1.1 Demografischer Wandel – was ist das eigentlich?	8
1.2 Bevölkerungszahl: Entwicklungen und Prognosen.....	8
1.3 Bevölkerungszusammensetzung: Entwicklungen und Prognosen	10
1.4 Bevölkerungsbewegung: Entwicklungen und Prognosen.....	11
1.5 Zwischen Schreckensszenarien und Verharmlosung: Einschätzung des demografischen Wandels	13
2. Ortstermin: Der demografische Wandel in Demmin, Nordvorpommern und Euskirchen ...	16
2.1 Demografische Entwicklungen in Mecklenburg-Vorpommern	16
2.2 Der Landkreis Demmin und sein DRK-Kreisverband	17
2.3 Der Landkreis Nordvorpommern und sein DRK-Kreisverband.....	18
2.4 Der Landkreis Euskirchen und sein DRK-Kreisverband	19
3. Die Folgen des demografischen Wandels gestalten: Handlungsmöglichkeiten der Jugendsozialarbeit und der Jugendhilfe des DRK	21
3.1 Schulsozialarbeit.....	21
3.2 Jugendsozialarbeit als berufliche und soziale Integration	23
3.3 Offene Kinder- und Jugendarbeit.....	26
3.4 Ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen: Förderung eines sozialen und demokratischen Gemeinwesens.....	31
3.5 Hilfen zur Erziehung	33
3.6 Interkulturelles Handeln	36
3.7 Gemeinwesen- und Sozialraumarbeit.....	38
3.8 Planung, Steuerung und Kooperation der Jugendhilfe vor Ort	41
4. Lobbyarbeit und Fachpolitik: Argumentationshilfen für die Jugendsozialarbeit und die Jugendhilfe des DRK.....	45
4.1 Das „knappe Gut Jugend“ bestmöglich fördern und ausbilden.....	45
4.2 Jungen Menschen Gehör und Beteiligung verschaffen: Gesellschaftliche Entwicklung braucht Jugend	46
4.3 Chancengerechtigkeit sichern angesichts einer neuen, demografisch bedingten Ungleichheit	48
4.4 Rechtliche Standards beachten und verteidigen	48
4.5 Verantwortung von Arbeitgebern einfordern: Jungen Menschen eine Zukunft bieten.	50
5. Zusammenfassung.....	51
5.1 Warum diese Expertise?.....	51
5.2 Der demografische Wandel – Chance oder Fluch?.....	51
5.3 Handlungsmöglichkeiten.....	52
5.4 Lobbyarbeit und Fachpolitik – Argumentationshilfen für die Jugendsozialarbeit und die Jugendhilfe des DRK	53
Schlusswort.....	55
Anhang	56
Verwendete Literatur und weitere Literaturhinweise.....	56
Internetseiten	61
Übersicht über die Interviewpartner	63

Vorwort

Der demografische Wandel hat sich in den vergangenen Jahren zu einem zentralen Thema auf vielen gesellschaftlichen Ebenen entwickelt. Auch das Deutsche Rote Kreuz befasst sich bereits seit einigen Jahren mit den zukunftsrelevanten Entwicklungen, die sich durch die demografischen Veränderungen ergeben.

Mit der vorliegenden Expertise möchten wir diese Diskussion fortführen und dabei den Blick auf die Jugendsozialarbeit und die Jugendhilfe des DRK lenken. Das DRK verfolgt mit der Expertise drei Ziele:

- Es werden die (möglichen) Folgen der aktuellen demografischen Entwicklung beschrieben, um die Frage beantworten zu können, auf was sich die Jugendsozialarbeit und die Jugendhilfe des DRK zukünftig einzustellen hat.
- Im Vordergrund stehen dabei die Gestaltungsmöglichkeiten des demografischen Wandels für die Jugendsozialarbeit und die Jugendhilfe des DRK.
- Darüber hinaus werden Argumentationshilfen für die DRK-Lobbyarbeit formuliert: Angesichts des demografischen Wandels wird es zunehmend wichtiger, der Jugendgeneration und damit der Jugendsozialarbeit und der Jugendhilfe des DRK auch (fach)politisch Gehör zu verschaffen.

Um diese Ziele zu erreichen, wird die besondere Situation der Jugendsozialarbeit und der Jugendhilfe des DRK in den Blick genommen: Der demografische Wandel soll nicht allgemein und abstrakt beschrieben werden, sondern konkret bezogen auf die Situation der Jugendsozialarbeit und der Jugendhilfe des DRK vor Ort. Durch Hospitationen sowie durch Interviews mit DRK-Verantwortlichen fließen konkrete Erfahrungen aus der Praxis in diese Expertise ein. Besucht wurden drei Kreisverbände: Die Landkreise Nordvorpommern und Demmin (beide Mecklenburg-Vorpommern) sowie der Landkreis Euskirchen (Eifel). Durch das Aufnehmen von konkreten Erfahrungen und Lösungsansätzen „vor Ort“ glauben wir, dass die Ergebnisse dieser Expertise für viele Landes- und Kreisverbände von Nutzen sind. Die Expertise bezieht sich dabei in erster Linie auf die Handlungsfelder Jugendsozialarbeit, offene Kinder- und Jugendarbeit sowie Hilfen zur Erziehung. Demgegenüber müssten die spezifischen Bedingungen der Jugendverbandsarbeit sowie der Kindertagesbetreuung im Rahmen einer eigenständigen Beschäftigung aufgenommen werden.

Wir möchten mit dieser Expertise auch einen Diskussionsprozess innerhalb des DRK fortsetzen, der unter anderem durch die bundesweite DRK-Tagung „Herausforderung, Chance und Risiken der demografischen Veränderung in Deutschland für die Wohlfahrtspflege“ (Oktober 2005) angestoßen wurde. Die Jugendsozialarbeit und die Jugendhilfe des DRK stellt sich somit der Herausforderung, den demografischen Wandel zu

gestalten – ohne „Panikmache“, dafür aber lösungsorientiert und bezogen auf die konkreten Situationen vor Ort.

Ich danke allen, die an der Erstellung dieser Expertise mitgewirkt haben, vor allem aber den DRK-Kolleginnen und Kollegen in den drei Kreisverbänden, die durch ihr Wissen und ihre Einschätzungen wesentlich zu den Ergebnissen beigetragen haben. Ferner gilt mein Dank dem Verfasser der Expertise, Prof. Michael Behnisch von der Fachhochschule Frankfurt am Main. Er wurde von Dr. Ramona Brockmann, Referentin im DRK-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, unterstützt.

Berlin, Januar 2009

Juliane Ostrop

Referentin Jugendsozialarbeit (DRK Generalsekretariat)

Einleitung

Als im Jahr 2005 das Motto des evangelischen Kirchentages – „Wenn dein Kind dich morgen fragt“ – bekannt wurde, meinten einige Spötter: Der Slogan „Wenn *kein* Kind dich morgen fragt“ wäre wohl die bessere Wahl gewesen. Angespielt wurde damit natürlich auf den demografischen Wandel und seine möglichen Folgen. Jene demografischen Entwicklungen sind seit einigen Jahren Gegenstand zahlreicher Debatten in Politik und Öffentlichkeit. Politische, vor allem sozialpolitische Maßnahmen werden mit ihm begründet: Das Heraufsetzen des Rentenalters auf 67 Jahre, die Einführung des Elterngeldes oder der Riester-Versicherung sind nur einige Beispiele, mit denen Politik versucht, auf den sich abzeichnenden demografischen Wandel zu reagieren. Standen im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel zunächst die Alterung der Gesellschaft und ihre Folgen für Sozialversicherung und Rentensysteme im Vordergrund, so rücken zunehmend auch die Folgen des demografischen Wandels für die Handlungsfelder der *Jugendhilfe* in den Fokus. Wohlfahrtsverbände wie das Deutsche Rote Kreuz fragen danach, welche Folgen die demografischen Entwicklungen für ihre Angebotslandschaft sowie für das Handeln ihrer Mitarbeiter* beinhalten. Sie fragen danach, wie sie die Arbeitsfelder der Jugendhilfe und der Jugendsozialarbeit weiterentwickeln sollen, um auf den demografischen Wandel angemessen reagieren zu können.

Zwar muss die vorliegende Expertise an einigen Stellen so hypothetisch bleiben wie die zukünftige demografische Entwicklung selbst – und doch versucht sie, Antworten zu finden auf die gestellten Fragen. Die Expertise umfasst vier Schwerpunkte: Im ersten Teil werden die wichtigsten demografischen Entwicklungen der vergangenen Jahre in Deutschland sowie die Prognosen für die kommenden Jahre dargestellt. Dies wird verbunden mit der Frage, wie der demografische Wandel „zwischen Verharmlosung und Schreckenszenarium“ realistisch eingeschätzt werden kann. Von dieser allgemeinen Perspektive ausgehend wird anschließend der Blick auf den demografischen Wandel in drei Landkreisen gerichtet (Kapitel 2): Durch Hospitationen und Gespräche vor Ort sowie durch Auswertung statistischen Materials sollen die demografischen Entwicklungen und Herausforderungen in den Landkreisen Demmin, Nordvorpommern sowie Euskirchen aus Sicht der dortigen DRK-Kreisverbände beschrieben werden. Das zweite Kapitel begnügt sich allerdings mit einer kurzen Skizze über die aktuelle Situation in den genannten Landkreisen. Die Ergebnisse der Interviews und Hospitationen werden stattdessen in das dritte Kapitel eingearbeitet: In diesem Hauptteil der Expertise werden die Folgen sowie die Handlungsmöglichkeiten für die Jugendsozialarbeit und die Jugendhilfe des DRK beschrieben. Es wird der Frage nachgegangen, welche Handlungsmöglichkeiten sich den einzelnen DRK-Handlungsfeldern

* Der besseren Lesbarkeit halber wird in dieser Expertise die männliche bzw. weibliche Schreibweise im Wechsel verwendet.

eröffnen, um auf jene demografischen Veränderungen reagieren zu können. Abschließend folgen einige Argumentationshilfen, die vor allem im Kontext von Lobbyarbeit und Fachpolitik eingesetzt werden können (Kapitel 4). Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass dem Deutschen Roten Kreuz als Wohlfahrtsverband auch die Aufgabe zukommt, die Interessen von jungen Menschen und ihren Familien im fachpolitischen Raum zu vertreten und sich anwaltschaftlich für diese einzusetzen.

Januar 2009

Prof. Dr. Michael Behnisch, Fachhochschule Frankfurt am Main

1. Chance oder Fluch: Der demografische Wandel in Deutschland

1.1 Demografischer Wandel – was ist das eigentlich?

Mit dem Begriff vom demografischen Wandel werden die Veränderungen innerhalb der Bevölkerungsstruktur bezeichnet, wobei drei Teilbereiche unterschieden werden (vgl. auch Rohde 2007, S. 7):

- *Bevölkerungszahl*: Betrachtet wird, in welchem Maß die Gesamtbevölkerung ab- bzw. zunimmt. Dabei wird das Verhältnis von Geburtenrate und Sterbezahl ebenso einbezogen wie der Indikator zwischen Abwanderung und Zuwanderung.
- *Bevölkerungszusammensetzung*: Betrachtet wird, wie sich der Anteil der unterschiedlichen Altersgruppen und damit der Altersaufbau innerhalb einer Gesellschaft verändert. Bekannt ist in diesem Zusammenhang der Begriff von der sich verschiebenden „Alterspyramide“ (vgl. Kap. 1.3).
- *Bevölkerungsbewegung*: Betrachtet wird, wie sich verschiedene Regionen – bezogen auf Bevölkerungszahl und Bevölkerungszusammensetzung – im Vergleich zueinander entwickeln. Dieser Teilbereich des demografischen Wandels wird auch als Binnenwanderung bezeichnet, also als die bevölkerungsbezogenen Wanderungsbewegungen innerhalb eines Landes oder einer Region.

Für alle drei Teilbereiche liegt mittlerweile umfangreiches statistisches Material vor. Dabei muss aber unterschieden werden zwischen

- gesicherten Zahlen über die bisherige demografische Entwicklung,
- eher kurzfristigen und damit vergleichsweise sicheren Prognosen auf der Grundlage bestehender Bevölkerungsstrukturen sowie
- langfristigen und damit tendenziell unsicheren Prognosen.

Im Folgenden werden die wichtigsten Daten, Entwicklungen und Prognosen des demografischen Wandels in Deutschland zusammengefasst.

1.2 Bevölkerungszahl: Entwicklungen und Prognosen

Die Entwicklung der Bevölkerungszahl in Deutschland ist durch einen Rückgang gekennzeichnet – eine Tendenz, die sich, so besagen die Prognosen, in den kommenden Jahrzehnten noch verschärfen wird. Diese Entwicklung hat sich, wie ein kleiner Rückblick zeigt, bereits seit einigen Jahrzehnten angedeutet:

Die Entwicklung der Bevölkerungszahl in den vergangenen 40 Jahren

1967: Im Westen Deutschlands erreicht die Fertilitätsrate – damit wird die Geburtenrate pro Frau im gebärfähigen Alter zwischen 15 und 45 Jahren bezeichnet – einen Wert von 2,5 Kindern pro Frau; dies bedeutet den höchsten Wert der Nachkriegszeit (Fuchs/Söhnlein 2005, S. 2). In den Folgejahren sinkt diese Rate wieder ab.

1972: Erstmals sterben im Jahresschnitt in Westdeutschland mehr Menschen als geboren werden (Klingholz 2006, S. 17). Diese Entwicklung hält bis heute an.

1975: Die Geburtenrate in der BRD sowie in der DDR sinkt auf einen Wert von etwa 1,5 ab (Fuchs/Söhnlein 2005, S. 2). Während diese Zahl in Westdeutschland auch in den Folgejahren konstant bleibt, steigt die Fertilitätsrate in der DDR wieder auf etwa 1,8 an. Dieser Anstieg bildet unter anderem die Folge der Beschlüsse zur Einheit der Wirtschafts- und Sozialpolitik auf dem achten Parteitag der SED (1971).

1984: Die Geburtenrate in Westdeutschland erreicht mit 1,28 ihren bis dato niedrigsten Wert (Klingholz 2006, S. 17).

1990: Unmittelbar nach der Wiedervereinigung sinkt die Geburtenrate in den neuen Bundesländern auf 0,7 ab – der weltweit niedrigste in einem Land jemals registrierte Wert (Rohde 2007, S. 8). Im Jahr 1989 lag sie noch bei 1,6 Kindern (Schilling/Fendrich 2002, S. 7).

1996: Die Geburtenrate in den ostdeutschen Bundesländern steigt seit diesem Jahr wieder spürbar an; sie wird voraussichtlich im Jahr 2010 auf 1,4 steigen und damit den Wert Westdeutschlands erreichen.

2003: Trotz des Überschusses der Sterbezahlen seit 1972 sinkt die Bevölkerung in Deutschland erst seit 2003. Zuvor konnte die Bevölkerungszahl aufgrund von Zuwanderung stabil gehalten werden. Ohne Zuwanderung würden bereits heute in Deutschland mindestens fünf Millionen Einwohner weniger leben (Klingholz 2005, S. 17).

2008: Die Geburtenrate liegt derzeit bei etwa 1,35 Kindern, in den westdeutschen Bundesländern leicht über diesem Wert, in den ostdeutschen Bundesländern leicht darunter (Hradil 2008).

Prognosen zur Bevölkerungszahl bis 2050

Die Entwicklung der Bevölkerungszahl beruht auf Prognosen, die in erster Linie abhängig sind von der Geburtenrate sowie den Zuwanderungszahlen. Folgende Berechnungen gelten als seriös und werden im Kontext der weiteren Bevölkerungsentwicklung am häufigsten genannt (vgl. Statistisches Bundesamt 2006, S. 34, 39ff; Fuchs/Söhnlein 2005; Klingholz 2006):

- Bleibt die derzeitige Geburten- und Zuwanderungsrate stabil, hätte Deutschland bis zum Jahr 2020 etwa 0,7 Millionen bis eine Million Einwohner weniger, bis zum Jahr

2050 würde die Bevölkerung von heute 82 Millionen um voraussichtlich acht bis zehn Millionen auf etwa 74 Millionen Einwohner im Jahr 2050 sinken (BGW 2007, S. 13). Die Spannweite der Berechnungen reicht dabei – je nach Entwicklung von Geburten- und Zuwanderungsrate – von 68 bis 76 Millionen.

- Während dabei die Bevölkerungszahl in Südwestdeutschland, im Rheinland und im Berliner Großraum zumindest noch bis 2020 leicht ansteigen wird, nimmt sie keilförmig vom Ruhrgebiet bis in die ostdeutschen Bundesländer zum Teil deutlich ab. Besonders betroffen davon sind die strukturschwachen Landkreise in Ostdeutschland (vgl. 1.4). Die Zahl der Bevölkerung in den östlichen Bundesländern sank von 1989 bis 2007 um 1,5 Millionen auf jetzt 15,5 Millionen, das sind zehn Prozent weniger als zum Ende der DDR.
- Ab etwa 2020 beginnt dann auch die Bevölkerung in einigen der Wachstumsregionen zurückzugehen – dann beginnen sich auch hier die sinkenden Geburtenzahlen auszuwirken (u.a. Landesamt für Datenverarbeitung 2006, S. 7) und vor allem fällt die Zuwanderung aus den ostdeutschen Bundesländern bzw. strukturschwachen Regionen dann deutlich geringer aus.
- Prognosen zur Entwicklung der Bevölkerungszahl müssen die so genannten Echo- oder Verzögerungseffekte beachten, die für mehr oder weniger große Schwankungen sorgen. Einfach gesagt: Die Kinder, die in den 90er Jahren nicht geboren wurden, können 20 oder 25 Jahre später selbst auch keine Kinder bekommen. Umgekehrt führen geburtenstarke Jahrgänge eine Generation später vermutlich ebenfalls zu geburtenstärkeren Jahrgängen.

Nicht nur die Bevölkerungszahl wird sich verändern, sondern auch die Zusammensetzung der Bevölkerung. Mehr dazu im nächsten Abschnitt.

1.3 Bevölkerungszusammensetzung: Entwicklungen und Prognosen

Die Entwicklung der Bevölkerungszusammensetzung wird zumeist im Bild der sich verschiebenden Alterspyramide dargestellt: Gemeint ist damit die Tendenz hin zu einer alternden Gesellschaft (vgl. Hradil 2008; Statistisches Bundesamt 2006, S. 37, Klingholz 2006):

- Die Zahl der unter 20-Jährigen wird (nach mittlerer Berechnung) von derzeit bundesweit 16 Millionen bis zum Jahr 2050 auf etwa 10 Millionen sinken, die Zahl der über 65-Jährigen von heute ebenfalls 16 Millionen hingegen auf etwa 23 Millionen steigen. Dies wird, zumindest noch in den kommenden Generation, vor allem Ostdeutschland betreffen: Gab es 2004 in den ostdeutschen Bundesländern noch 2,7 Millionen junge Menschen im Alter von 15 bis 29 Jahren, so dürfte sich diese Zahl bis zum Jahr 2020 halbiert haben.

- Damit sänke der prozentuale Anteil der unter 20-Jährigen von derzeit 20 auf dann 16 Prozent, der Anteil der über 65-Jährigen stiege von derzeit 18 Prozent auf knapp 30 Prozent. Bis zum Jahr 2040 dürfte nach den gängigen Prognosen die Hälfte der Bevölkerung über 50 Jahre alt sein.
- Das Durchschnittsalter, das derzeit bei 43 Jahren liegt, wird bis zum Jahr 2050 auf voraussichtlich 50,5 Jahre steigen; 1910 betrug das Durchschnittsalter in Deutschland 23,6 Jahre (BGW 2007, 13).
- Die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter würde sich nach derzeitiger Prognose von 2002 bis 2050 in Ostdeutschland von etwa 10 Millionen auf 4,5 Millionen mehr als halbieren. Im Westen könnte sie demnach von derzeit 40 auf 30 Millionen zurückgehen (Fuchs/Söhnlein 2005, S.2).
- Neben der altersbezogenen Bevölkerungszusammensetzung wird voraussichtlich die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund deutlich ansteigen. Haben heute (Rauschenbach 2006) etwa 19 Prozent der Menschen einen Migrationshintergrund (nicht-deutscher Pass oder im Ausland geboren und deren Kinder), so steigt diese Zahl in den kommenden 20 Jahren auf etwa 25 Prozent: Bei den unter 6-Jährigen liegt die Migrationsquote bereits heute bei 32 Prozent (Rauschenbach 2006). Die steigende Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund betrifft momentan insbesondere die westdeutschen Ballungszentren, aber auch in eher ländlichen Regionen und Kleinstädten wird sich auf absehbare Zeit zumindest der prozentuale Bevölkerungsanteil von Menschen mit Migrationshintergrund erhöhen. Zudem werden die noch einwandernden Menschen zu diesem gestiegenen Anteil beitragen, da sie im Durchschnitt deutlich jünger sind als der Bevölkerungsschnitt (und ihre Familiengründungsphase oft noch vor sich haben): So waren im Jahr 2003 über 75 Prozent aller Zugezogenen unter 40 Jahre alt (Bundesschnitt: 47 Prozent), der Anteil der über 65-Jährigen bei den Zugezogenen lag bei 2,6 Prozent, im Bundesschnitt waren es 18 Prozent (DBJR 2008, S. 17).

1.4 Bevölkerungsbewegung: Entwicklungen und Prognosen

Der dritte Teilbereich des demografischen Wandels bezieht sich auf die Binnenwanderungen innerhalb eines Landes oder von Regionen. Diese Bevölkerungsbewegungen sind (teilweise) Folge des demografischen Wandels und bringen zugleich neue demografische Veränderungen mit sich. Die seit einigen Jahren in Deutschland verstärkt zu beobachtenden Binnenwanderungen betreffen vor allem die Abwanderung aus den ostdeutschen Bundesländern. Einige Zahlen können diese Entwicklung belegen:

- Die Abwanderung bezieht sich vor allem auf mobile, junge Menschen mit mittlerer bzw. hoher schulischer und beruflicher Qualifikation – und dabei vor allem die jungen

Frauen. Unter den Menschen, die seit 1991 die ostdeutschen Bundesländer verließen, waren fast zwei Drittel Frauen, die überwiegende Anzahl unter 30 Jahren. Zwischen 1991 und 2004 waren dies rund eine halbe Million junger Frauen (Rohde 2007, 7). Dies zieht drei Folgen nach sich:

- Die Gesamtbevölkerungszahl sinkt deutlich.
 - Die Altersstruktur verschiebt sich schneller als in den westdeutschen Bundesländern nach oben.
 - Es bildet sich ein zum Teil deutlicher Männerüberschuss heraus.
- Diese überproportionale Abwanderung junger Frauen führt zu einem ungleichen Geschlechterverhältnis (vgl. für die folgenden Zahlen Klingholz 2006, S. 22 sowie Berlin-Institut 2007, S. 40 ff.): In Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern liegt diese Relation momentan bei etwa 82 Frauen zu 100 Männern, in den Landkreisen Uecker-Randow und Parchim ist das Verhältnis schon auf unter 80 zu 100 gesunken (in Uecker-Randow auf 76), mit einer dabei weiter sinkenden Tendenz. Europaweit stellen solche Zahlen Spitzenwerte dar, denn selbst in den strukturschwachen Gebieten in Nordskandinavien oder den ländlichen Regionen Griechenlands werden immerhin noch Werte von etwa 89 zu 100 erreicht. Ein weitgehend ausgeglichenes Geschlechterverhältnis findet sich in Ostdeutschland lediglich in den Großstädten, den Universitätsstädten sowie in den unmittelbar nördlich an Berlin grenzenden Landkreisen. In Westdeutschland gibt es hingegen lediglich drei Landkreise bzw. Städte, in denen das Frauenverhältnis signifikant zu niedrig ist (vgl. Berlin-Institut 2007, S. 41).

Im Jahr 1995 sah diese Landkarte der regionalen (Geschlechter)Gegensätze noch deutlich ausgeglichener aus: Statt drei waren es damals immerhin noch 26 Kreise und Städte in Westdeutschland, die eine deutliche Unterrepräsentanz von Frauen aufwiesen – doch diese wurde unter anderem durch die Zuwanderung aus den ostdeutschen Bundesländern aufgehoben. Umgekehrt verzeichneten die Statistiker 1995 in Ostdeutschland lediglich zehn Kreise mit einem Frauenanteil von unter 85 zu 100 – im Jahr 2005 waren es schon 58 Kreise. Dabei fällt in strukturschwachen Gebieten mit geringem Frauenanteil, also Regionen, aus denen bereits viele Frauen abgewandert sind, auch deren weitere Abwanderung besonders dramatisch aus: „Wo Frauen schon fehlen, gehen noch mehr“ schlussfolgert das Berlin-Institut (2007, S. 40) für Bevölkerung und Entwicklung.

- Dass vor allem junge Frauen abwandern, hängt auch mit der verschobenen Qualifizierungssituation zusammen, die junge Frauen mittlerweile eindeutig im Vorteil sieht (für diese und die weiteren Daten: Berlin-Institut 2007, S. 44; S. 55): Bundesweit weisen die Gymnasien momentan einen Jungenanteil von 44 Prozent auf, die

Realschulen von 49 Prozent, die Hauptschulen von 56 Prozent und die Sonderschulen von 64 Prozent. In den ostdeutschen Bundesländern stellt sich dieses Missverhältnis noch gravierender dar: Hier sind nur noch 39 Prozent der Gymnasiasten Jungen, während Hauptschulen und Sonderschulen einen Jungenanteil von 62 Prozent aufweisen. Eine weitere Zahl verdeutlicht die schulische Bildungsbenachteiligung von Jungen: Zwischen 1999 und 2004 verließen 31 Prozent aller jungen Frauen in Ostdeutschland die Schule mit Abitur, bei den Männern waren es lediglich 21 Prozent. Dagegen blieben im Vergleich zu den Frauen im selben Zeitraum doppelt so viele Männer ohne Hauptschulabschluss. Die Binnenwanderung in Deutschland lässt sich aber nicht nur zwischen Ost und West, sondern auch innerhalb der ostdeutschen Bundesländer erkennen: Die Bevölkerung in Dresden und Leipzig steigt ebenso wie die im Umland von Berlin oder Rostock – auch durch Zuwanderung aus den westlichen Bundesländern (vgl. Schilling/Fendrich 2002, S. 13).

- Während die Stadtstaaten (Berlin, Hamburg, Bremen) ihre Bevölkerung auch über 2020 hinaus (prognostisch) in etwa werden halten können, sind es in Nordrhein-Westfalen gerade die Städte, die an Bevölkerung verlieren werden; dies betrifft vor allem die Ruhrgebietsstädte Hagen, Gelsenkirchen, Bochum, Krefeld und Wuppertal, die vor allem aufgrund des Strukturwandels (massiver Verlust von Industriearbeitsplätzen) und den damit verbundenen Folgen Schwierigkeiten haben, ihre Einwohnerzahl zu halten – und denen bei den unter 19-Jährigen Rückgänge von etwa 25 Prozent bis zum Jahr 2020 prognostiziert werden (Landesamt für Datenverarbeitung 2007, S. 8). In Ostdeutschland wiederum gewinnen die Großstädte und ihre unmittelbare Peripherie momentan an Bevölkerung hinzu, während die ländlichen Regionen deutlich an Einwohnerzahl verlieren.

1.5 Zwischen Schreckensszenarien und Verharmlosung: Einschätzung des demografischen Wandels

Die bisher aufgeführten Zahlen und Prognosen weisen auf einen tiefgreifenden demografischen Wandel in Deutschland hin. Dabei fiel der demografische Sonderfall, der sich in den ersten Jahren der politischen Wende 1990 ereignet hat, zusammen mit einer sich bereits seit Jahrzehnten demografisch verändernden Gesellschaft. Doch erst in dieser Kombination mit dem „ostdeutschen Sonderfall“ rückte nun der demografische Wandel immer stärker in den Fokus der Öffentlichkeit. In der Tat verdeutlichen dabei die Zahlen und Prognosen, dass der demografische Wandel in seinen Auswirkungen nicht unterschätzt werden darf.

Auf der anderen Seite aber sind Schreckensszenarien nicht angebracht, da diese statistisch gesehen übertrieben erscheinen und zudem noch handlungsunfähig machen könnten. Wenn in einigen Medien von „den letzten Kindern“ (Zeit 2004) berichtet, ein „schleichender Tod“ (Spiegel 2003), ein „Land ohne Kinderlachen“ (Spiegel) oder eine „demographische Zeitbombe“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung) prognostiziert wird, so kann dem entgegengehalten werden (vgl. auch Bosbach 2008, S. 36-39):

- Die Zahl der unter 21-Jährigen sank im Laufe des 20. Jahrhunderts kontinuierlich von 44 auf 21 Prozent (BGW 2007, S. 12; Bosbach 2008, S. 36). Das heißt, die alternde Gesellschaft bildet ein über 100 Jahre altes Kontinuum – und wurde bisher, bedenkt man das stetig steigende Wohlstandsniveau, erfolgreich bewältigt: Massive demografische Wandlungsprozesse sind also keinesfalls eine neue Erscheinung.
- Die meisten Prognosen, die sich auf die Zeit nach 2020 beziehen, basieren auf unsicheren und spekulativen Hochrechnungen, weil sie voraussetzen, dass sich die bisherigen Entwicklungsindikatoren fortsetzen. Dies ist eine freilich nicht unproblematische Unterstellung: Wer hätte zum Beispiel bei einer demografischen 50-Jahres-Prognose im Jahr 1900 zwei Weltkriege einkalkulieren können? Und wer hätte 1950 in einer Prognose für 2000 den Pillenknick, den Babyboom, die Wiedervereinigung, eine Arbeitslosenzahl von bundesweit über 3 Millionen, den Trend zur Kleinfamilie oder den Zuzug ausländischer Arbeitnehmer/innen berücksichtigen können? Für die Zeit bis 2050 gelten ähnliche Unsicherheiten. Zudem ist unklar, in welcher Weise Sozialpolitik steuernd eingreifen wird (Bosbach 2008, S. 39).
- Die Auswirkungen des demografischen Wandels, dies ist bereits angedeutet worden, unterscheiden sich von Region zu Region zum Teil erheblich – und zwar sowohl hinsichtlich der Bevölkerungszahl, der Bevölkerungsstruktur als auch der Bevölkerungsbewegung. Sogar in benachbarten Landkreisen kann keineswegs von einer einheitlichen Entwicklung ausgegangen werden (vgl. ausführlich Bertelsmann-Stiftung; vgl. für NRW: Landesverband für Datenverarbeitung). Dazu ein Beispiel aus Brandenburg: Während in Potsdam die Geburtenzahlen von 1999 zu 2010 um 45 Prozent steigen werden, sinken sie in einigen Landkreisen (von einem bereits geringen Ausgangsniveau) um mehr als zehn Prozent. In Potsdam wiederum sinkt die Zahl der Jugendlichen (15- bis 18-Jährige) von 2002 auf 2010 um über 75 Prozent, während die Abnahme dieser Altersgruppe in einigen Brandenburger Landkreisen mit minus zehn bis 30 Prozent moderater ausfällt (Schilling/Fendrich 2002, S. 13). Allgemeine Schreckensszenarien lassen sich also allein deshalb nicht entwerfen, weil die demografischen Veränderungsprozesse regional sehr unterschiedlich verlaufen.

Statt überzogene (und prognostisch unsichere) Schreckensszenarien zu entwerfen, muss versucht werden, die zukünftigen Risiken und Möglichkeiten des demografischen Wandels realistisch einzuschätzen, um die Jugendsozialarbeit und die Jugendhilfe des DRK vorzubereiten und sie gestaltungsfähig zu machen. Das bedeutet, dass die Arbeitsfelder von Jugendsozialarbeit und Jugendhilfe rechtzeitig Strategien und Konzepte entwickeln, damit sie die Chance zur Gestaltung in der eigenen Hand behalten und das Mandat für junge Menschen und deren Familien in eigenem Sinne ausfüllen können.

2. Ortstermin: Der demografische Wandel in Demmin, Nordvorpommern und Euskirchen

Nach dem Gesamtüberblick richtet sich ein zweiter Fokus auf drei ausgewählte Landkreise, in denen das DRK mit Einrichtungen der Jugendsozialarbeit und der Jugendhilfe vertreten ist. Dabei wurden – durch Hospitationen, Interviews sowie durch Auswertungen amtlicher Statistiken – Eindrücke gesammelt, um die Folgen sowie die Handlungsmöglichkeiten für die Jugendsozialarbeit und die Jugendhilfe des DRK möglichst realistisch beschreiben zu können. In diesem Kapitel sollen allerdings nur die demografischen Strukturen der drei Landkreise skizziert werden – die sich auf Folgen und Handlungsmöglichkeiten des demografischen Wandels beziehenden Ergebnisse fließen dann in die Kapitel drei und vier mit ein.

2.1 Demografische Entwicklungen in Mecklenburg-Vorpommern

Mecklenburg-Vorpommern reicht von der Stadtgrenze Lübecks bis an die polnische Grenze und gliedert sich in sechs kreisfreie Städte und zwölf Landkreise – unter ihnen auch der Kreis Demmin mit seiner gleichnamigen Kreisstadt sowie der Landkreis Nordvorpommern mit der Kreisstadt Grimmen. Die Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns ist geprägt durch die Landwirtschaft, die Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte sowie durch den Tourismus. In der Übernachtungsstatistik (pro 1000 Einwohner) führt Mecklenburg-Vorpommern die Tabelle aller Bundesländer mit großem Abstand vor Schleswig-Holstein, Bayern und Berlin an – und konnte seine Übernachtungszahlen von 1997 bis 2007 mehr als verdoppeln (Frankfurter Rundschau 2008).

In dem ländlich und landwirtschaftlich geprägten Land an der Ostsee lebten im März 2008 etwa 1,650 Millionen Einwohner auf einer Fläche von 23.182 Quadratkilometern (Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern 2007, S. 13; Landesportal 2008). Mit durchschnittlich 73 Einwohnern je Quadratkilometer ist das Küstenland damit das am dünnsten besiedelte Bundesland (Landesportal 2008). Zum Vergleich: Im ebenfalls nicht gerade dicht besiedelten Nachbarland Schleswig-Holstein leben knapp 180 Einwohner pro Quadratkilometer, der bundesweite Durchschnitt liegt bei 231 Einwohnern pro Quadratkilometer.

Die Entwicklung der Bevölkerungszahl weist eine eindeutige Tendenz auf: 1990 hatte Mecklenburg-Vorpommern noch etwa 2 Millionen Einwohner, seither sinkt die Zahl kontinuierlich: Waren es im März 2005 noch 1,720 Millionen Menschen, die ihren Wohnsitz im Land an der Ostsee hatten, so sank diese Zahl im März 2006 auf 1,703 und im März 2007 schließlich unter die 1,7-Millionen-Grenze (Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern 2007, S. 10). Für das Jahr 2020 wird die Bevölkerungszahl voraussichtlich auf etwa 1,5

Millionen sinken. Damit hätte das Land zwischen Elbe und Ostsee innerhalb von 30 Jahren etwa ein Viertel seiner Bevölkerung verloren; dieser Trend wird sich zumindest bis zum Jahr 2020 fortsetzen, auch danach wird mit einem weiteren, allerdings moderateren Rückgang gerechnet.

Parallel zu dieser Entwicklung der Bevölkerungszahl ergeben sich deutliche Verschiebungen in der *Bevölkerungszusammensetzung*: Waren im Jahr 1995 noch 46,5 Prozent der Mecklenburger unter 35 Jahren, so sank diese Zahl innerhalb von nur einem Jahrzehnt um zehn Prozent auf 35,6 Prozent in 2005 (Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, S. 3). Die Zahl der Senioren über 65 Jahren stieg im selben Zeitraum von 12,4 auf 19,7 Prozent, was sich auch durch den Zuzug von älteren Menschen aus anderen Landesteilen (auch aus den westdeutschen Bundesländern) an die Küste ergeben hat, also einen Effekt der *Bevölkerungsbewegung* (Binnenwanderung) darstellt (Statistisches Amt 2007, S. 3).

2.2 Der Landkreis Demmin und sein DRK-Kreisverband

In Demmin läuft Einiges zusammen: Drei Flüsse – Peene, Tollense und Trebel – schlängeln sich durch die Kreisstadt des gleichnamigen Landkreises, außerdem kreuzen sich die Bundesstraßen 110 und 196 in Demmin. Die Stadt im östlichen Teil des Bundeslandes hatte Ende 2008 (Stand 01.11.2008) 12.445 Einwohner – eine seit Jahren kontinuierlich sinkende Zahl.

Das Landkreis Demmin ist geprägt durch zahlreiche kleinere und größere Seen, Flüsse und Bäche; ein nennenswerter Tourismus reicht allerdings nicht bis in den Landkreis – die Entfernung zur Insel Rügen einerseits und zur Mecklenburger Seenplatte andererseits ist mit jeweils rund 40 Kilometern offenbar zu groß. So werden der Landkreis und seine Kreisstadt im Wesentlichen durch kleinere und mittlere Betriebe der Baubranche, aus Handel und Dienstleistung sowie von der Landwirtschaft bzw. von der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte geprägt. Die Arbeitslosigkeit liegt allerdings deutlich über dem Bundesschnitt und beläuft sich zurzeit auf 17,4 Prozent (Jahresschnitt 2008) – für den Landkreis durchaus ein Fortschritt, denn zu Spitzenzeiten in den Jahren 2004 bis 2006 lag die Quote in einigen Monaten bei 33 Prozent (vgl. Jugendamt des Landkreises Demmin 2005, S. 3).

Im Landkreis Demmin mit seinen acht Städten und 62 Gemeinden lebten Ende 2006 genau 85.241 Einwohner. 1997 waren es noch 98.000, seitdem verliert der Kreis jedes Jahr mehr als 1000 Einwohner (vgl. Jugendamt des Landkreises Demmin 2005, S. 1). Vor allem die Zahl der jungen Menschen ist deutlich gesunken: Waren es 1997 noch 11.210 Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 6 und 14 Jahren, so sank diese Zahl – als Folge der extrem geburtenschwachen Jahrgänge in der ersten Hälfte der 1990er Jahre – in 2004 auf 5510 ab (vgl. Jugendamt des Landkreises Demmin 2005, S. 1). Die Zahl der schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen sank von 15.000 (Schuljahr 1996) auf 8.500 im Schuljahr 2004 (vgl. ebd.).

Der Anteil der unter 20-Jährigen beträgt heute, bei einer Gesamtzahl von 14.895 jungen Menschen, noch 17,5 Prozent an der Gesamtbevölkerung im Landkreis. Diese Zahl wird bis 2030 voraussichtlich auf 5200 junge Menschen sinken, was dann einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von etwa zehn Prozent entsprechen würde. Allerdings könnte sich diese Tendenz zukünftig abschwächen, wie ein Blick auf die Geburtenstatistik nahelegt (vgl. Jugendamt des Landkreises Demmin 2005, S. 1): Die Zahl der Geburten im Landkreis Demmin liegt momentan bei knapp 700 pro Jahr und damit höher als in den ersten Jahren der 1990er Jahre – freilich ohne auch nur annähernd etwa die Geburtenzahl von 1990 (da waren es 1270 Neugeborene) erreichen zu können. Die leicht steigenden Geburtenzahlen sorgten aber zumindest dafür, dass in Demmin eine Kindertagesstätte, die bereits geschlossen war, wiedereröffnet wurde.

Das DRK unterhält im Kreisverband ein großes Angebot mit Dienstleistungen, auch und vor allem der Sozialen Arbeit und der Jugendhilfe: In Malchin existiert seit nunmehr 15 Jahren ein Jugendhilfezentrum, ebenso in Demmin und Altentreptow. In Demmin, Malchin und Stavenhagen unterhält das DRK drei Tagesgruppen. Mehrere Gruppen der stationären Jugendhilfe gibt es in Altentreptow, Malchin und Stavenhagen. Das DRK bietet darüber hinaus Schulsozialarbeit an einer Schule in Dargun an.

2.3 Der Landkreis Nordvorpommern und sein DRK-Kreisverband

Der Landkreis Nordvorpommern liegt im Norden Mecklenburg-Vorpommerns. Die Halbinselkette Fischland-Darß-Zingst sowie große Teile des Nationalparks Vorpommersche Boddenlandschaft gehören zum Landkreis, der gewissermaßen dem nördlichen Teil der Insel Rügen vorgelagert ist. Im Landkreis Nordvorpommern lebten Ende 2006 genau 110.906 Menschen, im Jahr 2003 waren es noch über 115.000 (Bertelsmann-Stiftung 2008). Für die Zeit bis 2025 wird mit einem weiteren Bevölkerungsrückgang von etwa 15 Prozent gerechnet, der sich in seiner Relation hinsichtlich der Altersgruppen stark unterscheidet: Wird bei den unter 10-Jährigen mit einem Rückgang von etwa 33 Prozent gerechnet, dürfte die Zahl der 16- bis 24-Jährigen um über 50 Prozent sinken. Die Altersgruppe der 65- bis 80-Jährigen stiege demnach um 18 Prozent an, während bei der Gruppe der über 80-Jährigen mit einem Zuwachs von 117 Prozent gerechnet werden kann (Bertelsmann-Stiftung 2008). Allerdings ist die Geburtenrate seit einigen Jahren deutlich ansteigend, die Kindertagesstätten, so berichten die Kolleginnen vor Ort, sind wieder voll ausgelastet.

Die Wirtschaftsstruktur ist stark durch den Tourismus sowie die Landwirtschaft geprägt, wobei rund zwei Drittel der Fläche (68 Prozent) landwirtschaftlich genutzt werden. Neben der Kreisstadt Grimmen mit ihren 10.821 Einwohnern (Stand zum 31.12.2007) gehören Damgarten-Ribnitz (16.412 Einwohner zum 31.12.2007) sowie Barth (9.177 Einwohner zum 31.12.2007) zu den größten Kommunen (vgl. Bertelsmann-Stiftung 2008). Frauen sind im

Landkreis Nordvorpommern mit einem Verhältnis von 90 zu 100 gegenüber Männern unterrepräsentiert. Trotz des Tourismus existieren nennenswerte soziale Problemlagen im Landkreis Nordvorpommern: Die Arbeitslosenquote ist mit etwa 20 Prozent nach wie vor hoch, nach einer Erhebung aus dem Jahr 2005 waren zu diesem Zeitpunkt 35 Prozent der Kinder von Armut betroffen.

Das Deutsche Rote Kreuz unterhält im Landkreis eine Vielzahl von Angeboten der Jugendhilfe. Dazu zählen im Rahmen der Erziehungshilfe zwei stationäre Heimgruppen sowie verschiedene ambulante Angebote, wobei rund 50 Familien betreut werden. Schulsozialarbeit bietet das DRK an zwei Schulen an. Hinzu kommen noch verschiedene Angebote der Jugendberufshilfe sowie der Begleitung von Arbeitsstunden im Rahmen des Jugendgerichtsgesetzes.

2.4 Der Landkreis Euskirchen und sein DRK-Kreisverband

Der Landkreis Euskirchen liegt im Südosten des bevölkerungsreichsten Bundeslandes Nordrhein-Westfalen. Die geografische Lage des Flächenkreises ist zum einen durch seine Nähe zu den Großstädten Bonn und Köln gekennzeichnet: Die Kreisstadt Euskirchen etwa befindet sich 25 Kilometer östlich von Bonn und etwa 40 Kilometer südöstlich von Köln. Andere Kommunen innerhalb des großen Flächenkreises sind allerdings deutlich ländlicher geprägt: Im Süden grenzt der Kreis an Rheinland-Pfalz und umfasst einige Teile des Nationalparks Eifel, im Osten an Belgien; er gehört damit zu den westlichsten Kreisen der Republik. Der Landkreis zählt momentan rund 192.000 Menschen, wobei rund 70 Prozent der Einwohner in den Städten leben, davon allein 52.000 Einwohner in Euskirchen. Der Kreis Euskirchen wird im inoffiziellen Sprachgebrauch (aus historischen Gründen) von seinen Bewohnern bisweilen in den „Südkreis“ sowie den „Nordkreis“ unterschieden. Diese beiden Regionen des Kreises unterscheiden sich allerdings nicht nur hinsichtlich ihrer geografischen Lage, sondern auch bezüglich ihrer demografischen Struktur: Der Nordkreis wird, aufgrund der Nähe zur so genannten Rheinschiene zwischen Bonn und Köln, durch die Städte des Kreises geprägt, der Südkreis zeichnet sich durch seinen ländlichen Charakter sowie als Grenzregion aus.

Bezüglich des demografischen Verlaufs im Kreis Euskirchen werden drei Entwicklungen prognostiziert:

- Die Einwohnerzahl des Landkreises wird in den kommenden zehn Jahren leicht ansteigen. Der Landkreis kann im Jahr 2025 mit etwa 200.000 Einwohnern und damit mit einem Plus von etwa 4,5 Prozent rechnen; momentan leben im Kreis Euskirchen (Stand: Ende 2006) rund 193.000 Menschen (Bertelsmann-Stiftung 2008).

- Dabei ist jener Anstieg allerdings auf den „Nordkreis“ bezogen, also auf jene eher (klein)städtische Struktur. Für die ländlich geprägten Gemeinden im „Südkreis“ wird ein leichter Bevölkerungsrückgang vorhergesagt.
- Bleibt die Bevölkerungszahl des Landkreises also in etwa gleich (bzw. steigt leicht an), so wird sich die Bevölkerungszusammensetzung deutlich verändern: Die Zahl der 10- bis 15-Jährigen in der Stadt Euskirchen dürfte vom heutigen Stand bis zum Jahr 2025 (absolut) um etwa 20 Prozent sinken, die der 3- bis 5-Jährigen um etwa 10 Prozent. Da die Bevölkerungszahl insgesamt allerdings leicht *steigen* wird, fällt der relativ sinkende Anteil an der Gesamtbevölkerung dieser Altersgruppen sogar noch stärker ins Gewicht (Bertelsmann-Stiftung 2008).

Der DRK-Kreisverband Euskirchen beschäftigt rund 180 hauptamtliche Mitarbeiter und kann darüber hinaus auf die Unterstützung von über 800 Ehrenamtlichen zählen. Bezogen auf die Kinder- und Jugendhilfe befinden sich 15 Kindertagesstätten, zwei Angebote der Jugendsozialarbeit an Schulen (darunter eine offene Ganztagsgrundschule), ein Jugendzentrum (offene Kinder- und Jugendarbeit) sowie ein Familienbildungszentrum in Trägerschaft des Deutschen Roten Kreuzes. Darüber hinaus bietet das DRK ein Qualifikationsprojekt für (auf dem Arbeitsmarkt benachteiligte) Schüler sowie die Kinderferienbetreuung „Kindersommerland“ an. Seit Jahresbeginn 2008 hat das DRK zudem die Trägerschaft für das Mehrgenerationenhaus des Kreises übernommen, welches sich in der Kreisstadt Euskirchen befindet. Durch den Kauf des benachbarten Grundstücks soll das Gelände noch durch ein großes Gartengelände sowie durch ein neues Jugendrotkreuz-Haus ergänzt werden.

3. Die Folgen des demografischen Wandels gestalten: Handlungsmöglichkeiten der Jugendsozialarbeit und der Jugendhilfe des DRK

3.1 Schulsozialarbeit

Schulen stehen bereits heute vor Herausforderungen, die über die reine Gestaltung des Unterrichts weit hinausgehen: Soziale Probleme, Integrationsaufgaben und sich verändernde Familienstrukturen erfordern neue Konzepte. Zudem nimmt der demografische Wandel Einfluss auf die Schullandschaft, was sich vor allem in den infrastrukturschwachen, ländlichen Regionen bereits deutlich zeigt:

Aktuelle Situation

- Die Schülerzahl im Landkreis Demmin sank von 15.600 im Jahr 1996 auf 8.500 im Schuljahr 2004; sie fällt seitdem weiterhin stetig ab (Jugendamt des Landkreises Demmin 2005). Dies führte zu einem Rückgang der Schulen: Im Schuljahr 2004/2005 gab es im Landkreis 49 Schulen, zwei Schuljahre später (2006/2007) waren es nur noch 38. Von den Schließungen bzw. Zusammenlegungen betroffen sind vor allem kleine Grundschulen. So blieben, um ein Beispiel aus dem Landkreis Nordvorpommern zu nennen, von ehemals sieben Schulen auf der Halbinsel Darß noch zwei Grundschulen und eine neu gegründete Schule in kirchlicher Trägerschaft übrig.
- Der Rückgang der Schulzahlen hat nicht nur Bedeutung für die Bildungslandschaft, sondern zieht auch soziale Folgen nach sich: Wenn eine Entfernung von 40 Kilometern bis zum nächsten Gymnasium keine Seltenheit mehr sind, „dann wird der Kindergeburtstag zur Tagesreise“, so Karsten Schütze vom DRK-Kreisverband Nordvorpommern.
- Die angedeutete Expansion von Privatschulen in kirchlicher Trägerschaft lässt sich auch in anderen Landkreisen beobachten: Sie ist dem teilweise schlechten Ruf der staatlichen geschuldet sowie der Bewahrung kurzer Schulwege im ländlichen Bereich.
- Darüber hinaus zeigt sich, nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, eine gravierende Verschiebung der Schultypen: Während einige Gymnasien schließen mussten oder zusammengelegt wurden, werden zunehmend mehr Plätze in Förderschulen geschaffen.

Handlungsmöglichkeiten

Aus dieser Veränderung der Schullandschaft heraus ergeben sich viele (neue) Handlungsmöglichkeiten für die Schulsozialarbeit, die in den vergangenen Jahren in einigen Bundesländern – darunter auch in Mecklenburg-Vorpommern – bereits deutlich ausgebaut wurde. Im engeren Kontext zum demografischen Wandel könnten der DRK-Schulsozialarbeit folgende Aufgaben zukommen:

- Schulen werden, insbesondere in Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang, zunehmend zu Bildungs- und Sozialzentren, also zu einem Ort, an dem die weit verstreut wohnenden Jugendlichen zentral erreichbar sind. Dies hat Folgen für die Aufgabenbereiche der Schulsozialarbeit: Da zudem die Zahl der offenen Jugendhäuser rückgängig ist, wird die Schulsozialarbeit zunehmend mehr Bildungs-, Freizeit- und Betreuungsaufgaben übernehmen. Zudem könnte die Jugendsozialarbeit stärker in die Beratung und Information von Eltern eingebunden sein.
- Im DRK-Kreisverband Nordvorpommern entwickeln sich die Kindertagesstätten zunehmend zu „Eltern-Kind-Zentren“ mit einem Elterncafé, Elternkursen, Beratung, einem Babysitter-Service sowie einer Über-Nacht-Betreuung für jene (alleinerziehenden) Eltern, die eine berufliche Perspektive in der Gastronomie gefunden haben oder finden wollen. Eine ähnliche Weiterentwicklung ließe sich – bezogen auf die Bedürfnisse von Schulkindern, Jugendlichen und ihren Eltern – auch für die Schulen denken, wobei der Jugendsozialarbeit hier eine wichtige Gestaltungsrolle zukommen würde. Gleichzeitig gilt es jedoch, einen Zentralismus zu verhindern: An Schulen angesiedelte „Kinder- und Jugendzentren“ müssen versuchen, die kurzen Wege aufrechtzuerhalten, etwa durch lokale Ansprechbüros.

Die Schulsozialarbeit wird also, dieser Trend hält an, weiterhin verstärkt in die schulische Bildungsarbeit eingebunden werden (DRK 2006, S. 10) und ihr Aufgabenspektrum damit erweitern.

- Dabei muss sich die DRK-Jugendsozialarbeit, zumindest in einigen ostdeutschen Landkreisen, auf die Veränderung der Schülerstruktur und die momentan zunehmende Zahl an Sonderschulen einstellen. Daraus ergeben sich neue Förderbedarfe und Angebotsmöglichkeiten auch in dieser Schulform.
- Die Frage, ob und inwieweit eine DRK-Jugendsozialarbeit mit den neu entstehenden Schulen in konfessioneller Trägerschaft kooperieren kann oder will, wird sich in verstärkter Form stellen.
- Auf fachpolitischer Ebene sollte die DRK-Jugendsozialarbeit zweierlei fordern: Erstens, dass die durch den Rückgang der Schülerzahlen frei werdenden Mittel in die Qualität der Schulen investiert werden: Kleinere Klassen, bessere Betreuung, mehr

Angebote der Schulsozialarbeit oder zusätzliche Bildungsangebote lassen sich hier nennen. Allerdings, so berichten die DRK-Kreisverbände, werden diese Forderungen von der Politik (noch) nicht umgesetzt. Die zweite Forderung bezieht sich auf den Status der Schulsozialarbeit: Indem deren Bedeutung steigt, kann die DRK-Schulsozialarbeit ihren eigenständigen Stellenwert gegenüber dem schulbezogenen Lernen sowie die gleichberechtigte Kooperation mit den Lehrer/innen einfordern und stärken. Die starren Grenzen zwischen schulischem Lernen (Unterricht) und sozialarbeiterischen Bildungsangeboten werden zukünftig etwas aufbrechen, etwa im Rahmen gemeinsam veranstalteter Projekte oder Lern- und Bildungsangeboten – sowohl am Vormittag als auch am Nachmittag.

3.2 Jugendsozialarbeit als berufliche und soziale Integration

Aktuelle Situation

Die Jugendsozialarbeit als soziale und berufliche Integration (Jugendberufshilfe, Berufsförderung) sieht sich nach wie vor großen Herausforderungen gegenüber. Diese Herausforderungen bestehen trotz der sinkenden Zahl an Jugendlichen und zum Teil entstehen sie gerade *aufgrund* der demografischen Veränderungen:

- In den ostdeutschen Bundesländern liegt die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen mit Ausnahme von zwei Landkreisen durchgängig über 7,5 Prozent, in weiten Teilen über zehn Prozent (Berlin-Institut 2007, S. 36). In den westdeutschen Bundesländern liegt diese Quote insgesamt niedriger, doch auch hier, insbesondere in strukturschwachen Regionen und Ballungszentren mit einer Verdichtung von sozialen Problemen, bleibt die Jugendarbeitslosenquote hoch.
- Junge Männer sind häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen, zumindest sind sie deutlich häufiger statistisch als arbeitslos geführt. Dieser Befund gilt durchgängig für *alle* Landkreise und Städte Deutschlands (Berlin-Institut 2007, S. 38). In den ostdeutschen Ländern ist dieses Ungleichgewicht mit einem um vier Prozent höheren Durchschnittswert besonders stark ausgeprägt.
- In vielen ostdeutschen Landkreisen bleiben aufgrund der Abwanderung von (zumeist gut qualifizierten) jungen Frauen vor allem die schlecht qualifizierten jungen Männer zurück, die aufgrund ihrer Qualifikation oder ihrer Berufswahl nur geringe Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. In der Studie des Berlin-Instituts (2007, 35ff) wird auf die Hintergründe hingewiesen: Männliche Jugendliche, aber auch deren Eltern und Erzieher, sind noch stark den traditionellen Rollenbildern verhaftet. Demnach herrscht nicht selten die Überzeugung vor, dass Männer problemlos eine Tätigkeit in klassischen Berufen der Industriegesellschaft (Baubranche, Fabrikarbeit) finden werden, für die in der Vergangenheit tatsächlich ein einfacher Schulabschluss

reichte. Mittlerweile jedoch *fehlen* aufgrund des Strukturwandels (Abbau einfacher Tätigkeiten durch Automatisierung oder Verlagerung ins Ausland) diese Tätigkeitsprofile oder sie verlangen, bedingt durch die Technisierung, ein deutlich angestiegenes Qualifikationsniveau: Körperliche Kraft und handwerkliches Geschick allein reichen auch für die klassischen Industriearbeitsplätze heute nicht mehr aus. Hinzu kommt, dass vor allem in den ostdeutschen Bundesländern viele Industriearbeitsplätze abgebaut wurden: Das „Chemiedreieck“ Halle/Bitterfeld/Leuna, die Braunkohlereviere der Lausitz oder der Uran- und Kalibergbau Thüringens bieten mittlerweile deutlich weniger (einfache) Arbeitsplätze. In ländlichen Gebieten wie der Uckermark, der Prignitz, der Altmark und Nordvorpommern sind die (ohnehin schon wenigen) industriellen Arbeitsplätze ebenfalls stark zurückgegangen.

- Arbeitslosigkeit und berufliche Perspektivlosigkeit ziehen weitere, psychosoziale Probleme nach sich, etwa problematischer Alkoholkonsum oder Gewaltneigungen (DRK Stavenhagen 2007).
- Die Zahl der jungen Frauen, die mit unter 20 Jahren ihr erstes Kind bekommen, ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen: In den ostdeutschen Bundesländern hat sich ihre Zahl von 1995 bis 2004, anteilig an allen Geburten, um das Doppelte erhöht und liegt im Schnitt bei etwa sechs Prozent, in den westlichen Bundesländern mit rund 3 Prozent darunter. Als Hintergrund wird unter anderem die mangelnde berufliche Perspektive gering qualifizierter junger Frauen genannt, die sich dann für den „Beruf Mutter“ entscheiden. Neben diesem Grund scheint zudem der „Männerüberschuss in den wirtschaftsschwachen Regionen [...] einen Einfluss auf die Teenager-Schwangerschaften zu haben“ (Berlin-Institut 2007, S. 33): Weil für die überzähligen Männer gleichaltrige Frauen fehlen, suchen Männer ihre Partnerinnen zunehmend in jüngeren Altersgruppen.

Notwendigkeit der Jugendsozialarbeit: Ein fachpolitisches Argument

Die aktuelle Situation weist darauf hin, dass das DRK die Notwendigkeit von Jugendsozialarbeit verstärkt in die fachpolitische Debatte einbringen kann und sollte: Ausbildung, Weiterbildung und soziale Integration bleiben auch angesichts des demografischen Wandels zentrale Herausforderungen. Selbst die Tatsache der sinkenden Zahl von Jugendlichen ändert daran nichts – im Gegenteil, wie die Jugendministerkonferenz im Mai 2005 feststellt (zit. n. Jugendpolitischer Nachrichtendienst 2006, S. 3): Die Konferenz erwartet nämlich *nicht*, „dass die mit dem demografischen Wandel verbundenen Veränderungen der Altersstruktur der Bevölkerung die Integrationschancen junger Menschen ohne Schul- und Ausbildungsabschluss auf dem Arbeitsmarkt erhöhen“ werde. Die Kultusministerkonferenz „erachtet daher eine

programmatische Anpassung der Konzepte und Angebote der Jugendsozialarbeit [...] für erforderlich.“ Und weiter heißt es: „Die zu bewältigenden Integrationsaufgaben werden zu einer steigenden und veränderten Nachfrage nach Angeboten und Leistungen der Jugendsozialarbeit führen.“ Damit wird deutlich, dass trotz der sinkenden Zahl von jungen Menschen die Aufgaben der DRK-Jugendsozialarbeit bestehen bleiben: Zu viele Jugendliche haben aufgrund der so genannten mangelnden Ausbildungsreife oder dem Fehlen von formalen Qualifikationen im dualen System der Berufsausbildung ohne Unterstützung kaum eine Chance. Hinzu kommen die genannten, vielfältigen sozialen Integrationsherausforderungen, die sich aus den schwierigen Lebenslagen junger Menschen ergeben.

Die Jugendsozialarbeit kann, angesichts des demografischen Wandels, fachpolitisch verstärkt damit argumentieren, dass sich unter anderem an den Chancen auf dem regionalen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt entscheidet, ob Jugendliche in ihrer Region bleiben oder abwandern und diese damit weiter lebenswert bleiben. Dass die Jugendsozialarbeit bei dieser demografischen Herausforderung eine Mitverantwortung und Gestaltungsmöglichkeit hat, sollte sie in fachpolitischen Debatten stärker herausstellen.

Handlungsmöglichkeiten

- Die Angebote für den Übergang in Ausbildung und Beruf müssen verbessert werden, wobei insbesondere neue Konzepte für Jugendliche mit Migrationshintergrund notwendig sind: Junge Menschen mit Migrationshintergrund sind nach wie vor überproportional von Jugendarbeitslosigkeit sowie von fehlenden Schul- und Ausbildungsabschlüssen betroffen.
- Verstärkt berücksichtigt werden müssen auch die geschlechterspezifischen Aspekte der Berufswahl sowie der Integrationshemmnisse: Das Berufswahlverhalten sowie die Folgen fehlender Arbeitsmarktchancen sind, wie die Statistiken zeigen, auch geschlechterspezifisch geprägt (erhöhte Arbeitslosigkeit bei den jungen Männern, erhöhte Quote minderjähriger Mütter). Die Jugendsozialarbeit muss sich deshalb noch stärker als bisher darauf konzentrieren, junge Menschen für veränderte Arbeitsbedingungen, veränderte Arbeitsfelder und veränderte Berufsanforderungen zu qualifizieren. Vor allem junge Männer brauchen in diesem Zusammenhang eine Unterstützung, um sich mit veränderten Rollen- und Berufsbildern auseinanderzusetzen und bei den Schlüsselqualifikationen nachzulegen, die, auch für industriell geprägte Arbeitsplätze, zunehmend wichtiger werden. Jugendsozialarbeit fällt die Aufgabe zu, junge Menschen bei der Suche nach beruflichen Alternativen jenseits der (geschlechterspezifischen) Klassiker zu

unterstützen: Hier hat das DRK mit seinen zahlreichen Einrichtungen im Pflege- und Gesundheitsdienst besondere Möglichkeiten, den Jugendlichen einen Einstieg in diese Bereiche zu erleichtern. Dazu muss die Kooperation zwischen der DRK-Jugendsozialarbeit und den Ausbildungsbereichen jedoch verstärkt werden.

- Gerade weil die Zahl der Jugendlichen sinkt, bieten sich der Jugendsozialarbeit – in Kooperation mit Unternehmen und Verbänden – gute Handlungsmöglichkeiten für die berufliche Qualifizierung und die Berufsförderung: In vielen Unternehmen habe nämlich, so die Erfahrung des DRK-Kreisverbandes Euskirchen, ein Umdenken eingesetzt: Seien früher Jugendliche einfach mit dem Hinweis auf fehlende „Ausbildungsreife“ weggeschickt worden und chancenlos geblieben, so bemühen sich Unternehmen – vor allem in Regionen, in denen die Zahl der Jugendlichen und damit das Arbeitskräftepotenzial schon deutlich sinkt – verstärkt darum, auch diesen Jugendlichen eine Perspektive zu eröffnen. Das DRK Euskirchen beteiligt sich an diesem (vorsichtigen) Umdenken mit einem Ausbildungsprojekt und geht auch selber mit gutem Beispiel voran: Die Ausbildungsstellen (Bürokaufleute, Kauffrau für Gesundheitswesen) seien fast ausschließlich mit Hauptschulabsolventen besetzt worden. Zwar benötigen diese Jugendlichen, „gerade zu Beginn unsere Unterstützung“, so der Kreisgeschäftsführer Rolf Zimmermann, „aber wir haben durchweg gute Erfahrungen gemacht.“
- In der Zusammenarbeit mit Eltern, Lehrer/innen und Erzieher/innen könnte die DRK-Jugendsozialarbeit neue Aufgaben erkennen: Sie kann daran mitwirken, über die veränderten Rollenbilder, über Alternativen zur Berufswahl oder über die Notwendigkeit der Stärkung von Schlüsselkompetenzen zu informieren und aufzuklären.
- Die Jugendsozialarbeit steht vor der Herausforderung, auch ihre offenen, zunächst nicht berufsbezogenen Angebote (Aussiedlerarbeit, Mädchen- und Jungenarbeit, aufsuchende Arbeit etc.) stärker zu profilieren und damit abzusichern. Damit könnte die DRK-Jugendsozialarbeit dem Versuch entgegenwirken, dass diese Angebote in jenen Sog des Abbaus geraten, der momentan die Jugendarbeit mit Wucht trifft (vgl. 3.3).

3.3 Offene Kinder- und Jugendarbeit

Aktuelle Situation

Die offene Kinder- und Jugendarbeit befindet sich momentan in einer schwierigen Situation: Da ihre Angebote nicht – wie die der Erziehungshilfen – über einen individuellen Rechtsanspruch abgesichert sind, stehen sie ungleich stärker im Fokus kommunaler Sparmaßnahmen. Weil darüber hinaus, demografisch bedingt, die Zahl der 10- bis 21-

Jährigen rückläufig ist und Bestandteile der Jugendarbeit zunehmend in die Angebote der Ganztagschulen verlagert werden, hat die offene Jugendarbeit einen dramatischen Einbruch der pädagogischen Mitarbeiterzahlen erlebt: Zwischen 1998 und 2006 sank die Gesamtzahl der Vollzeitstellen (Vollzeitäquivalente) bundesweit von 28.300 auf 15.300 – das bedeutet einen Rückgang von 46 Prozent in nur acht Jahren (Pothmann 2008). Da zugleich die Zahl an Teilzeit- und Honorarstellen zunahm, sank die Gesamtzahl der Mitarbeiter/innen im genannten Zeitraum zwar nicht um 46 Prozent, aber immerhin noch um 24 Prozent (von 44.500 auf 33.600). Der Trend weist also hin zu Jugendzentren, die entweder ehrenamtlich oder von Teilzeit- und Honorarkräften betreut werden, was sich, zumindest in der Breite, auf die Anzahl und Qualität der pädagogischen Angebote negativ auswirken dürfte. In Bayern etwa stiegen die von Ehrenamtlichen betreuten Jugendräume in nur vier Jahren (von 2002 bis 2006) um 90 Prozent.

Dieser Abbau der professionellen Jugendarbeit wird bisweilen mit dem demografischen Wandel begründet – was allerdings, mit Blick auf die Statistik, eine unzureichende Vereinfachung darstellt: In den westdeutschen Bundesländern betrug der Abbau der Vollzeitäquivalente 36 Prozent – während die Zahl der 12 bis 21-Jährigen im Vergleichszeitraum um acht Prozent *stieg*. In den ostdeutschen Bundesländern ging die Zahl der Jugendlichen innerhalb der entsprechenden Altersgruppe zwar um 29 Prozent zurück, der Abbau der Vollzeitstellen betrug jedoch überproportionale 51 Prozent – und das bei einem relativ niedrigem Ausgangsniveau. Das heißt, die offene Kinder- und Jugendarbeit wird seit einigen Jahren – mit dem teilweise unberechtigten Verweis auf den demografischen Wandel – immer stärker zur Disposition gestellt.

Wie dramatisch sich der Abbau der offenen Jugendarbeit regional auswirken kann, zeigt das Beispiel der Stadt Neubrandenburg (Freigang/Schone 2007, S. 274): 1999 gab es in Neubrandenburg 75 Vollzeitstellen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit – 2006 waren es noch 16, während die Zahl der 10- bis 27-Jährigen im selben Zeitraum „nur“ um 50 Prozent sank: „Dort, wo kein individueller Rechtsanspruch besteht, wurde überkompensatorisch eingespart.“ (Freigang/Schone 2007, S. 275). Eine Erfahrung, die auch aus dem DRK-Kreisverband Demmin berichtet wird: Hier gingen die pädagogisch betreuten Jugendklubs immer weiter zurück, oft blieben aber die Räume erhalten und die Jugendlichen verwalten sich dort selber, unterstützt zum Teil von Honorarmitarbeitern.

Insgesamt wird die offene Jugendarbeit auch zukünftig durch Finanzprobleme der kommunalen Haushalte sowie durch eine (auch in Westdeutschland auf Dauer) schrumpfende Zielgruppe von zwei Seiten bedrängt – an dieser Tendenz wird sich wohl nichts ändern, wie die Erfahrungen der vergangenen Jahre gezeigt haben. Was nun kann das DRK tun, um die offene Jugendarbeit auch in den kommenden Jahren als eine Säule der DRK-Jugendhilfe aufrechtzuerhalten?

Konzepte neu entwickeln und begründen

Jugendarbeit lässt sich immer weniger durch den Verweis auf vorhandene Zielgruppen begründen: Erstens sinkt die Zahl der potenziellen Adressaten und zweitens besuchen von diesen immer weniger ein Jugendzentrum oder einen Jugendklub. Als (mögliche) Gründe für diesen Attraktivitätsverlust der Kinder- und Jugendarbeit werden vor allem genannt:

- Da Jugendliche heute über vielfältigere Freizeitaktivitäten verfügen als noch in den 80er Jahren und die meisten Jugendzentren mit kommerziellen Freizeitangeboten nicht mithalten können, sinkt die Attraktivität der Jugendzentren.
- Durch den Wandel von autoritären hin zu stärker liberalen Erziehungsstilen wird das Jugendzentrum als „Fluchtpunkt aus dem Elternhaus“ nicht mehr so relevant. Anders gefragt: Was dürfen Jugendliche in einem Jugendzentrum tun, was nicht auch zu Hause möglich wäre?
- Etliche Jugendzentren und Jugendklubs werden durch bestimmte (ethnische oder jugendkulturelle) Gruppen dominiert und sind dadurch für andere Gruppen weniger attraktiv.
- Ganz sicher versäumten es viele Träger über längere Zeit, ihre Konzepte den veränderten Gegebenheiten der Jugendphase anzupassen. Denn: Die konzeptionelle Krise sowie die Legitimationsprobleme der Jugendarbeit sind seit vielen Jahren offenkundig – doch erst mit dem Rückgang der Adressatengruppe und den finanziellen Problemen der Kommunen schlägt diese Krise der Jugendarbeit jetzt auf die Personal- und Angebotsstruktur durch.

Die DRK-Jugendarbeit muss – dringend – ihre Konzeptionen thematisch und zielgruppenspezifisch diesen Veränderungen angleichen, um weiter erfolgreich sein zu können. Dazu benötigen die Einrichtungen vor Ort ganz sicher die Unterstützung durch die DRK-Landesverbände sowie durch den Bundesverband. Generell stellen sich dabei folgende konzeptionelle Herausforderungen:

- Jugendarbeit muss begründen, dass und vor allem wie sie vor Ort (wieder) möglichst viele Jugendliche ansprechen kann: Mädchen gleichermaßen wie Jungen, jüngere gleichermaßen wie ältere Jugendliche sowie Jugendliche aus verschiedenen sozialen und ethnischen Milieus (Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund, muslimische Jugendliche, russlanddeutsche Jugendliche).
- Jugendarbeit muss konzeptionell über neue, attraktive Methoden nachdenken. Sie muss sich fragen, was den Jugendlichen thematisch und vor allem auf der Beziehungsebene angeboten werden soll. Ein wackeliger Kicker und ein auf ein Betttuch projizierter DVD-Film sind gegen die kommerziellen Angebote schon lange nicht mehr konkurrenzfähig.

- Jugendarbeit kann die Tatsache der schrumpfenden Zahl der Jugendlichen konzeptionell für sich nutzen: Indem nämlich die Gleichaltrigengruppe zahlenmäßig schwindet, ergeben sich in der Freizeit der Jugendlichen geringere Chancen zu Erfahrungen in einer (größeren) Gleichaltrigengruppe, vor allem Erfahrungen außerhalb des Elternhauses: Diese Gelegenheiten könnten und müssten verstärkt professionell erzeugt werden – eben durch Jugendarbeit.
- Konzepte der Jugendarbeit müssen, zusammengefasst gesagt, thematisch und zielgruppenspezifisch deutlich machen, warum sie benötigt werden. Unter fachpolitischer Argumentation muss Jugendarbeit ihre Legitimation vom quantitativen Nutzungsargument in Richtung einer sozialpolitischen Notwendigkeit hin verschieben: Jugendarbeit muss deutlich machen, dass sie erstens einen unverzichtbaren Beitrag zur Integration junger Menschen leistet und zweitens einen attraktiven Ort für Beziehung und Begegnung von Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus bildet.

Kinder und jüngere Jugendliche als Zielgruppe stärken

Viele Jugendzentren sind nach wie vor stark auf die Zielgruppe der älteren Jugendlichen ausgerichtet und dabei oft von bestimmten Jugendgruppen dominiert. Demgegenüber sollten die Angebote verstärkt für Kinder und jüngere Jugendliche konzipiert und geöffnet werden: Vielleicht gelingt es der offenen *Kinder-* und Jugendarbeit damit auch, verschiedene soziale Gruppen anzusprechen, die dann auch im Jugendalter dem Jugendklub „die Treue halten“, was zu einer stärkeren Mischung unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkünfte in den Jugendzentren führen kann. Die Tendenz, die offene Jugendarbeit verstärkt auch für jüngere Kinder und Jugendliche zu konzipieren und zu öffnen, lässt sich bereits in einigen Bundesländern, wie etwa in Brandenburg oder Nordrhein-Westfalen, zeigen (vgl. Landschaftsverband Westfalen-Lippe 2004; vgl. Schilling/Fendrich 2002, S. 24).

Öffnungszeiten, Erreichbarkeit und Angebotsstrukturen flexibler gestalten

In großen Flächenkreisen befinden sich die Lehrstellen der Jugendlichen oft außerhalb des Wohnortes, bisweilen sogar außerhalb des Landeskreises. Gerade in den ostdeutschen Bundesländern, so berichten die DRK-Mitarbeiterinnen in Demmin, kommen viele Jugendliche nur am Wochenende nach Hause und wollen bzw. können nur an diesen beiden Tagen die Jugendklubs besuchen – die dann freilich geschlossen sind. Während der Woche wiederum sind es vor allem jüngere, schulpflichtige Jugendliche sowie arbeitslose junge Menschen, die die Jugendklubs besuchen. Auf diese Verteilung der Zielgruppen muss sich die Jugendarbeit noch stärker einstellen und die Öffnungszeiten entsprechend anpassen. Allerdings, so die DRK-Mitarbeiter vor Ort, müssten die Kommunen dabei mitziehen, was sich vor allem in kleineren Gemeinden als schwierig herausstellt.

Ein weiteres Problem stellt die schwierige Erreichbarkeit von Jugendzentren mit dem öffentlichen Nahverkehr dar: Zum Teil müssten Jugendliche eine stundenlange Anfahrt in Kauf nehmen. Aus den Erfahrungen des DRK-Kreisverbandes Nordvorpommern heraus bilden mobile Angebote dabei keine sinnvolle Alternative: Diese sind mit großem Aufwand verbunden und finanziell wie personell kaum zu leisten – zumal der Effekt vermutlich gering wäre. So fragt Karsten Schütze (DRK Nordvorpommern) in provokanter Absicht: „Warum sollen wir Busse über Land schicken, wenn da sowieso keine Jugendlichen sind“. Fahrdienste zu den bestehenden Jugendzentren könnten schon eher eine Alternative bilden (zumal gerade das DRK mit den Behinderten- und Seniorenfahrdiensten sowohl über entsprechende Erfahrungen als auch über eine Infrastruktur verfügt), aber auch hier ist die Kosten-Nutzen-Relation kritisch abzuwägen. Sinnvoll wäre ein solcher Fahrdienst allerdings im Rahmen von Projektarbeit: „Wenn wir ein ganzes Wochenende etwas anbieten, dann lohnt es sich auch, einzelne Jugendliche von A nach B zu fahren“, so Karsten Schütze vom DRK-Kreisverband Nordvorpommern. Mit dem Hinweis auf die Projektarbeit ist bereits zum folgenden Abschnitt übergeleitet.

Projektarbeit stärker einbeziehen

Den Folgen des demografischen Wandels – die abnehmende Zielgruppe sowie die schlechte Erreichbarkeit von Jugendzentren – kann durch verstärkte Projektarbeit begegnet werden. Diese bietet folgende Vorteile:

- Projektarbeit benötigt ausgewiesene pädagogische Kompetenzen und damit den Einsatz von Fachkräften. Projektarbeit begründet damit die Bedeutung einer professionellen Jugendarbeit und liefert ein Gegenargument zum derzeitigen Stellenabbau.
- Projekte lassen sich (sofern sie nicht standortgebunden sind) gut in jeweils verschiedenen Orten, etwa an ein bis zwei Nachmittagen, durchführen, so dass die Erreichbarkeit von Angeboten der Jugendarbeit im ländlichen Raum erhöht wird.
- Projekte ermöglichen für die Jugendlichen attraktive Ziele über einen längeren Zeitraum und können mit jeweils anderen Jugendgruppen stets wiederholt werden. So hat der DRK-Kreisverband Demmin mit einem deutsch-polnischen Austauschprojekt seit geraumer Zeit großen Erfolg.
- Projekte bieten die Möglichkeit, Jugendverbandsarbeit mit professioneller Jugendarbeit stärker zusammenzubringen. Gerade in Kommunen mit einer gewachsenen Jugendverbandsarbeit können solche gemeinsamen Projekte gut gedeihen: Die (mit Nachwuchssorgen kämpfende) verbandliche Jugendarbeit erhält neue Impulse – und sicher auch neue interessierte

Jugendliche – indem sie sich für Projekte öffnet. Die professionelle Arbeit erreicht Jugendliche, die in der klassischen „Komm-Struktur“ der Jugendzentren nicht (mehr) erreicht werden.

Kooperationen vor Ort: Angebote gemeinsam entwickeln

Angesichts der sinkenden Zahl an Jugendlichen sowie der zurückgehenden Zahl an Bildungsangeboten wird der Kooperation vor Ort eine immer höhere Bedeutung zukommen, um auch weiterhin attraktive Freizeitmöglichkeiten für junge Menschen anbieten zu können. Eine Zusammenarbeit mit anderen DRK-Angeboten bietet sich dabei ebenso an (z.B. Streitschlichter-Programm oder Sanitätshelfer in Schulen) wie mit anderen Trägern. Dabei dürften insbesondere solche Projektkooperationen zukunftsfähig sein, die eine Förderung des Engagements von Jugendlichen anstreben: Wenn Integration und Beteiligung von Jugendlichen im Kontext des demografischen Wandels immer wichtiger werden, gilt es, die Jugendarbeit als einen jener Orte zu stärken, an denen junge Menschen sich für soziales Engagement entscheiden, an dem die Voraussetzungen für Beteiligung gelegt wird, an dem sie Mitgestaltung und Verantwortung erlernen und erproben können.

3.4 Ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen: Förderung eines sozialen und demokratischen Gemeinwesens

Aktuelle Situation

Wenn sich die offene Jugendarbeit sowie die Jugendsozialarbeit aus der Fläche zurückziehen, besteht die Gefahr, dass die Leerstellen an fehlender Jugendarbeit durch rechtsextremistischen Einfluss gefüllt werden. Daher bedeuten etwa Projektarbeit und (andere) flexible Angebote einen Beitrag zur Förderung eines sozialen und demokratischen Gemeinwesens.

Dass der rechtsextremistische Einfluss besonders in den von starker Abwanderung betroffenen Regionen Ostdeutschlands zum Problem wird, hängt freilich auch mit der sozioökonomischen Lage zusammen. Die Studie des Berlin-Instituts (2007, S. 71) weist jedoch noch auf einen anderen, scheinbar höchst relevanten Faktor hin. Die Autoren verdichten ihre statistischen Auswertungen in folgendem Satz: „Wo junge Frauen fehlen, erhalten die rechten Parteien Zulauf“. Der Einflussfaktor „hohe Arbeitslosigkeit“ wird hingegen von den Autoren der Studie in seinem Einfluss auf rechtsextremes Wahlverhalten geringer eingeschätzt. Rechte Parteien sind sogar in jenen Regionen besonders erfolgreich, die nicht unbedingt durch hohe Arbeitslosigkeit, wohl aber durch die Dominanz traditioneller Wirtschaftsbranchen (Bau, Produktion, Landwirtschaft) geprägt sind. Als Grund für den Wahlerfolg rechter Parteien nennt die Studie (Berlin-Institut 2007, S. 70) das gestörte soziale Gleichgewicht durch die stark überproportionale Abwanderung junger Frauen: In Regionen,

in denen früher mit Selbstbewusstsein in den klassischen „Arbeitsjobs“ gearbeitet wurde und auch gering qualifizierte Männer Einkommen und Ansehen erwarben, sind die Zukunftsaussichten mittlerweile höchst prekär, das Einkommen gering und das öffentliche wie soziale Ansehen gesunken. Diese Entwertung männlicher Rollenmuster – die weit über den bloßen Indikator „Arbeitslosigkeit“ hinausreicht – ist bisher kaum zur Kenntnis genommen worden. Zumal zu dieser Entwertung des beruflichen Status' noch (aufgrund der Abwanderung junger Frauen) die zunehmende Schwierigkeit hinzukommt, eine Partnerin zu finden: Dies kann ebenfalls eine Entwertungserfahrung darstellen. Rechtsextreme Parteien hingegen bedienen ein traditionelles, gleichwohl überkommenes Geschlechterverhältnis und Männerbild, laden dieses ideologisch auf und sind damit vor allem für Männer mit jenen Entwertungserfahrungen attraktiv. Wahlanalysen zeigen, dass rechte Parteien von Männern im Alter von 18 bis 35 überproportional viele Stimmen erhalten.

Handlungsmöglichkeiten

Da sich also das Problem des Rechtsextremismus nicht allein mit der sozioökonomischen Lage erklären lässt, ergeben sich für die Jugendsozialarbeit und die Jugendarbeit des DRK einige Handlungsmöglichkeiten, um durch Bildungsarbeit und ehrenamtliche Tätigkeit einen demokratischen Sozialraum mitzugestalten.

- Die Jugendhilfe und die Jugendarbeit des DRK müssen noch stärker als bisher die Partizipation sowie das Engagement von Jugendlichen fördern. Denn: Der demografische Wandel braucht *mehr* statt weniger Engagement von Jugendlichen. Dabei werden Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit zu „Sozialisationsorten für bürgerschaftliches Engagement. Junge Menschen suchen und brauchen Orte, als ‚Einflugschneise‘ für ein Engagement“ (Nörber 2007, S. 35). Das DRK muss solche Orte stärken, an denen Jugendliche sich einbringen können und diese so ausrichten, dass Jugendliche auch mitbestimmen können. Im Übrigen erwächst in dieser Herausforderung vor allem der unter Druck geratenen offenen Jugendarbeit ein „neuer“ Handlungsansatz: Jugendarbeit lässt sich immer weniger mit Freizeitpädagogik als vielmehr mit Integrationspädagogik begründen: Jugendarbeit wird – gerade unter den Vorzeichen demografischer Veränderung – zu einem unverzichtbaren Sozialisationsort für gesellschaftliche Integration und Partizipation junger Menschen (ausführlicher siehe Punkt 3.7).
- Das Jugendrotkreuz leistet hier bereits einen wichtigen Beitrag und könnte diesen durch verstärkte Kooperation mit anderen Verbänden bzw. mit professioneller Jugendarbeit noch ausbauen.
- Das DRK kann seine ehrenamtlichen Strukturen nutzen, um jungen Männern und Frauen sinnvolle Perspektiven zu eröffnen, etwa in den Bereitschaften. Dazu ist

allerdings eine engere Zusammenarbeit der Bereitschaften etwa mit der Jugendsozialarbeit (Jugendberufshilfe) sinnvoll.

3.5 Hilfen zur Erziehung

Die Entwicklung der Erziehungshilfen: Abhängig von vielen Faktoren

Die Auswirkungen der Bevölkerungsprognosen auf das Handlungsfeld der Erziehungshilfen lassen sich kaum vorhersehen. Zwar bildet die demografische Entwicklung eine nennenswerte Hintergrundvariable auch für die Hilfen zur Erziehung, gleichwohl wird diese durch eine Vielzahl von anderen Faktoren überlagert und gebrochen. Für die Gesamtentwicklung des Handlungsfeldes sowie für die Inanspruchnahme von Erziehungshilfen sind dabei folgende Faktoren entscheidend (vgl. auch Rauschenbach/Schilling 2001, S. 230; Bürger/Schone 2006b, 138): Der Wandel der familiären Strukturen, die weitere sozioökonomische Entwicklung vor allem benachteiligter Bevölkerungsgruppen, die Arbeitsweisen und Planungskonzepte öffentlicher Jugendhilfe, die Veränderung von Rechtsgrundlagen (Novellierungen) im SGB VIII, die fiskalische Situation der Kommunen, die Verfügbarkeit respektive das Fehlen von präventiven Jugendhilfeangeboten – und eben der demografische Wandel als ein Faktor unter vielen.

In jüngeren Untersuchungen, etwa aus Baden-Württemberg, wurden dabei erneut die zwei zentralen Faktoren bestätigt (Bürger 2007, S. 267; Bürger/Schone 2006b, S. 135; vgl. auch Fendrich/Pothmann 2007, S. 45): Entscheidend für die Inanspruchnahme sind die Familienverhältnisse sowie die sozioökonomische Situation, in denen Kinder und Jugendliche aufwachsen. Nach der erwähnten Untersuchung ist die Wahrscheinlichkeit einer Inanspruchnahme von Erziehungshilfen bei alleinerziehenden Elternteilen um das 14fache erhöht (8,5 Hilfen statt 0,66 auf 1000), ein ähnlicher Eckwert lässt sich bei Familien beobachten, die unterhalb der relativen Armutsgrenze leben. Kurzum: Neben dem Rückgang der potenziellen Adressatengruppe entscheidet sich die Inanspruchnahme von Erziehungshilfen vor allem entlang der Frage, ob und wie sich die Bedingungen des Aufwachsens für junge Menschen verändern (Fendrich/Pothmann 2007, S. 45).

Eine Auswertung des DRK-Kinder- und Jugendhilfezentrums Stavenhagen (Landkreis Demmin) bestätigt diese Befunde in eindeutiger Weise (vgl. DRK Stavenhagen 2007): Von den zum Stichtag 31.05.2007 betreuten Familien leben 82 Prozent von staatlichen Transferleistungen, 13 Prozent von Rentenzahlungen und lediglich drei Familien von ihrem Lohn, was einem Anteil von etwa fünf Prozent entspricht. Von den 64 schulpflichtigen Kindern besuchen lediglich zwei das Gymnasium, 25 Kinder und Jugendliche hingegen eine Sonder- und Förderschule. 60 Prozent der Kinder leben bei alleinerziehenden Elternteilen, lediglich 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen leben mit beiden leiblichen Elternteilen zusammen (die restlichen 20 Prozent leben bei einem Elternteil mit neuem Partner, den

Großeltern oder in eigener Wohnung). 50 Prozent der Kinder und Jugendlichen erhalten neben der Erziehungshilfe eine sonderpädagogische Förderung (Förderschule, Heilpädagogische Einrichtung).

Die (unklaren) Auswirkungen des demografischen Wandels

Dass die geschilderten Lebenslagen den Haupteinfluss auf die Inanspruchnahme von Erziehungshilfen bilden, zeigt sich zudem mit Blick auf den tatsächlichen Bedarf der vergangenen Jahre: Die Zunahme der Zahl armer Familien, das Ansteigen psychosozialer Belastungssituationen vieler Familien sowie der Abbau präventiver Angebote der Jugendhilfe (vgl. Kapitel 3.3) haben die demografischen Effekte in den Hintergrund treten lassen.

- In der Zeit von 2000 bis 2005 sank die Bevölkerungsgruppe der unter 18-Jährigen in den westdeutschen Bundesländern um drei Prozent (Bürger 2007, S. 265) – zugleich *stiegen* die Fallzahlen innerhalb der Hilfen zur Erziehung um 12 Prozent an (Fendrich/Pothmann 2007, S. 41). In den ostdeutschen Bundesländern war im selben Zeitraum ein Rückgang der entsprechenden Altersgruppe um 18 Prozent zu verzeichnen, die Inanspruchnahme der Erziehungshilfen sank aber lediglich um sieben Prozent (Bürger 2007, S. 266; Fendrich/Pothmann 2007, S. 41). Bezieht man dabei die relative Hilfehäufigkeit mit ein (Fallzahlen auf je 1000 der Gesamtpopulation), so stiegen die Fallzahlen (vgl. Bürger 2007, S. 266) um 15 Prozent (Westdeutschland) bzw. immerhin noch um 13 Prozent (Ostdeutschland).

Die Inanspruchnahme der Erziehungshilfen verhält sich also keinesfalls konform zur Bevölkerungsentwicklung, wie auch der Bericht des Jugendamtes des Kreises Demmin (2005, S. 2) bestätigt: „Es lässt sich nicht linear ein Rückgang der Fallzahlentwicklung bezogen auf den Rückgang der Anzahl der Kinder/Jugendlichen schließen.“ Eine Expertise des Landesamtes für Datenverarbeitung in Nordrhein-Westfalen gelangt zu ähnlichen Ergebnissen: Die Bedarfe an Erziehungshilfen sind „sehr deutlich angestiegen – und dies bei einem merklichen Rückgang der Bevölkerungszahlen in den entsprechenden Altersgruppen“ (Landesamt für Datenverarbeitung 2006, S. 5). Für die Zukunft erwartet das Landesamt – zumindest für Nordrhein-Westfalen – trotz quantitativ rückläufiger Adressatenzahlen weiterhin steigende Inanspruchnahme bei den ambulanten Hilfen (Landesamt für Datenverarbeitung 2006, S. 28). Die Prognose wagt sich weit vor, indem sie prognostiziert: „Insgesamt ist bei den ambulanten Erziehungshilfen bis 2039 mit einer Bedarfssteigerung um rund 21.000 Plätze (22 Prozent) zu rechnen“ (Landesamt für Datenverarbeitung 2006, S. 36).

- Eine vorläufige Prognose könnte also wie folgt lauten: Da bezüglich der Problemlagen belasteter Familien (vor allem der sozioökonomischen Situation) keine

Trendwende absehbar ist, werden die Fallzahlen in den Erziehungshilfen in den westlichen Bundesländern in den kommenden Jahren (bei leicht sinkender Population) eher noch steigen oder stagnieren. In den östlichen Bundesländern ist angesichts des bereits erfolgten und noch zu erwartenden deutlichen Bevölkerungsrückgangs von einem spürbaren Rückgang der Fallzahlen auszugehen, der bei etwa 20 bis 30 Prozent liegen dürfte (Schilling/Fendrich 2002, S. 40). Relativ gesehen dürfte die Inanspruchnahme hingegen wohl eher steigen.

Das Verhältnis von ambulanten und stationären Hilfen

- Von 1995 bis 2005 stieg die Zahl der ambulanten Hilfen in den ostdeutschen Bundesländern um 76 Prozent, während die stationären im selben Zeitraum um 22 Prozent gesunken sind (Fendrich/Pothmann 2007, S. 41). Gesamtdeutsch blieben die stationären Hilfen in dieser Zeit etwa konstant, die ambulanten stiegen aber auch in den westdeutschen Bundesländern deutlich an, wenn auch nicht um 76 Prozent. Abzuwarten bleibt, wie die Einführung des Paragraphen 8a SGB VIII (Verfahrensparagraph bei Kindeswohlgefährdung) bzw. wie sich insgesamt die aktuelle Debatte um Kindeswohlgefährdung auswirken wird; in dessen Folge ist durchaus wieder mit steigenden Fallzahlen im stationären Bereich zu rechnen.
- Aus dem DRK-Kreisverband Demmin wird der beschriebene Trend einerseits bestätigt und andererseits ergänzt: Auch hier waren, trotz sinkender Bevölkerung, kaum weniger Erziehungshilfefälle zu verzeichnen, allerdings konnte eine Verschiebung hin zu den ambulanten Angeboten beobachtet werden (vgl. Jugendamt des Landkreises Demmin 2005, S. 2). Dies führte dazu, dass eine stationäre Gruppe des DRK geschlossen werden musste, auch ein anderer Träger hat die Platzkapazität um eine Gruppe reduziert. Infolgedessen konnten spezifische stationäre Angebote im Landkreis nicht aufrechterhalten werden und mussten außerhalb des Landkreises gesucht und angeboten werden (wie etwa das Mädchenhaus in Rostock oder die Mutter-Kind-Gruppe in Anklam).
- Da in der Altersgruppe der Kinder unter 14 Jahren eine gleichbleibende Inanspruchnahme bei Erziehungshilfen prognostiziert wird, dürfte sich auch der Trend hin zu den ambulanten Hilfen – die sich stärker an Kinder und jüngere Jugendliche richten – fortsetzen. Die Heimerziehung, die sich vornehmlich an Jugendliche richtet, hat hingegen mit deutlich spürbaren Rückgängen zu rechnen (Fendrich/Pothmann 2007, 43) – aus Gründen der Kostenintensität, aber eben auch aus demografischen Gründen.

Rechtliche und finanzielle Unsicherheiten

Einen prognostischen Unsicherheitsfaktor bildet momentan die Finanzierung der Erziehungshilfen (Landesamt für Datenverarbeitung 2006, S. 5): Zwar führte der individuelle Rechtsanspruch bisher dazu, dass die Erziehungshilfen ihre Position sichern konnten, denn „dort, wo ein individueller Rechtsanspruch besteht, konnten Verschiebungen nicht in dem von der Politik gewünschten Umfang durchgesetzt werden, Leistungs- und Trägerstrukturen blieben weitgehend unverändert“ (Freigang/Schone 2007, S. 275). Allerdings wird dieser Rechtsanspruch in jüngster Zeit durch einige Kommunen, man muss das so formulieren, zu unterlaufen versucht: Die Klagen über Budgetdeckelungen, drastische Etatkürzungen sowie über rechtswidrige Dienstanweisungen zur kurzfristigen Beendigung eines Großteils der stationären Hilfen (Erklärung 2008) häufen sich. Hinzu kommt, dass viele Hilfen für einen immer kürzeren Zeitraum sowie mit geringerer Stundenzahl gewährt werden. Dass die Fallzahlen in den vergangenen Jahren deutlich stiegen, während die Ausgaben für Erziehungshilfen annähernd gleich blieben, weist ebenso in diese Richtung wie die Einschätzung im DRK-Kreisverband Demmin: „Jeder Mitarbeiter betreut heute mehr Familien als früher, die dann natürlich weniger Stunden in Anspruch nehmen können“, so Ruth Steingraf. Bernhard Rohde von der Hochschule Leipzig formuliert es ironisch: „Wenn das Geld ausgeht, gibt's den Fall nicht mehr“.

3.6 Interkulturelles Handeln

Als Folge demografischer Wandlungsprozesse verändern sich Lebenslagen und Bedürfnisse einzelner Adressatengruppen. Die Jugendsozialarbeit und die Jugendhilfe des DRK haben die Chance, diese Veränderungen rechtzeitig zu erkennen und sie in ihren pädagogischen Konzepten und Leistungsbeschreibungen verstärkt zu berücksichtigen. Durch die demografische Entwicklung wird die Zielgruppe der Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu einer größeren und damit wichtigeren Adressatengruppe der Jugendhilfe. Derzeit leben über 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland (Pavkovic 2007, S. 281), dies entspricht einem Gesamtbevölkerungsanteil von rund 18 Prozent. Der Oberbegriff „Migrationshintergrund“ umfasst dabei nicht-deutsche Staatsangehörige, Spätaussiedler und eingebürgerte Menschen sowie jeweils deren Kinder. Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund ist altersgruppenspezifisch ungleich verteilt: Während die Gruppe der über 50-Jährigen deutlich unterrepräsentiert ist, hat mittlerweile jedes vierte Neugeborene einen Migrationshintergrund (Deutscher Städtetag 2007, S. 7). In einigen westdeutschen Großstädten wie Stuttgart oder Frankfurt haben mittlerweile über 50 Prozent der unter 6-Jährigen einen Migrationshintergrund (Pavkovic 2007, S. 281). Vermutlich wird sich die absolute Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund weiter erhöhen, ganz sicher aber der relative Anteil bezogen auf die Gesamtbevölkerung. Die DRK-Jugendhilfe sollte daher den

eingeschlagenen Weg fortsetzen und seine Angebote noch stärker auf diese, freilich alles andere als homogene Zielgruppe, ausrichten.

Dazu gehören etwa

- die verstärkte Integration von jungen Menschen mit Migrationshintergrund in alle Regelangebote der Jugendsozialarbeit und Jugendarbeit.
- der dringend erforderliche Rückgang der Bildungsbenachteiligung: Jugendliche mit Migrationshintergrund sind in Gymnasien deutlich unter- und in Hauptschulen deutlich überrepräsentiert. Die Arbeitslosenquote junger Menschen mit Migrationshintergrund ist deutlich erhöht im Vergleich zur Gesamtpopulation.
- präventive Angebote, um zu verhindern, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich häufig in den „Endstationen“ (Gaitanides, zit. n. Pavkovic 2007, S. 283) der Versorgungs- und Betreuungsangebote (z.B. Inobhutnahmen, Krisen- und Frauenhäuser, auch Justizvollzug) vertreten sind.
- die konzeptionelle Anerkennung der vielfältigen soziokulturellen Familien- und Lebensformen. Dies muss in der alltäglichen Arbeit der Jugendsozialarbeit und der Jugendhilfe des DRK umgesetzt werden.
- die Sensibilisierung und Qualifizierung der DRK-Mitarbeiter/innen für interkulturelle Themen, etwa in Bezug auf Migrationsprozesse, gesellschaftliche Umgangsformen mit Mehrheiten und Minderheiten, Integrationsfragen oder der Kompetenzerweiterung im kommunikativen Handeln. Mehr noch: Auf Dauer wird eine interkulturelle Personalentwicklung notwendig, um die Chancen der Mehrkulturalität für das DRK zu nutzen.
- die Qualifizierung von spezifischen Themen, die mit Migration verbunden sein können, insbesondere die unsichere Aufenthaltsperspektive, traumatische Erfahrungen aufgrund unfreiwilliger Migration, sprachliche Verständigungsprobleme, Belastung durch Diskriminierung oder das Leben mit mehreren kulturellen Hintergründen.
- das Einbeziehen und Nutzen der Potenziale, die mit der Zuwanderung verbunden sind. Dazu zählen etwa die Mehrsprachigkeit, die kulturelle Vielfalt oder verschiedene Kommunikations- und Führungsstile, mit denen sich die Jugendsozialarbeit und die Jugendhilfe des DRK weiterentwickeln können.
- die integrationspolitische Kooperation vor Ort, also die Netzwerkarbeit mit den relevanten Akteuren.

- schließlich die Gewinnung von Menschen mit Migrationshintergrund als Ehrenamtliche für das DRK: Der Verband ist – sowohl im sozialen Bereich, vor allem aber in den Bereitschaften – substantziell auf jenes Engagement angewiesen. Wenn in einigen Jahren etwa ein Drittel der Menschen (zumindest in Westdeutschland) einen Migrationshintergrund haben, wird deutlich, wie dringend eine Einbeziehung unterschiedlicher kultureller Herkünfte in die ehrenamtliche Arbeit wird – andernfalls wird das Deutsche Rote Kreuz seine ehrenamtlichen Strukturen in dieser Form nicht aufrechterhalten können. Die Jugendsozialarbeit und die Jugendhilfe des DRK können ihren Beitrag dazu leisten, junge Menschen mit Migrationshintergrund für das Engagement beim Deutschen Roten Kreuz zu interessieren.

Das Deutsche Rote Kreuz verfügt als Teil einer weltweiten Organisation und Bewegung sowie als konfessionell und politisch unabhängiger Wohlfahrtsverband prinzipiell über ein großes Potenzial, um für Menschen mit Migrationshintergrund attraktiv zu sein. Der Verband ist andererseits substantziell darauf angewiesen, deutlich mehr Menschen mit Migrationshintergrund für seine ehrenamtlichen Bereiche zu interessieren. Versäumt das DRK allerdings die interkulturelle Öffnung, könnte dies gravierende Folgen für die professionelle wie ehrenamtliche Arbeit des Verbandes nach sich ziehen.

Zuletzt zeigt sich in der Stärkung interkultureller Arbeit auch ein fachpolitisches Argument: Die allseits geforderte Integration hängt nämlich nicht allein von der Integrationsbereitschaft ab, sondern ebenso stark von der Qualität der Integrationsangebote (Pavkovic 2007, S. 284). Wenn es dem DRK aufgrund seiner Voraussetzungen (als weltweite und unabhängige Bewegung) gelingen würde, diese Integrationsqualität fachpolitisch in den Vordergrund zu rücken und damit ein gesellschaftlich in höchstem Maße relevantes Thema zu bearbeiten, könnte sich der Verband zugleich starke Argumente für seine eigene fachpolitische Berechtigung sichern.

3.7 Gemeinwesen- und Sozialraumarbeit

Aktuelle Situation

Die spürbare Abnahme der Bevölkerung führt in den betroffenen Landkreisen und Städten nicht zur Lösung von sozialen Problemen – das Gegenteil ist der Fall, wie der Leipziger Wissenschaftler Bernhard Rohde festgestellt hat: „Für bestimmte Gebiete, gerade in den Städten, gilt nahezu die Regel, dass der Schwund von Einwohnerschaft nicht mit einer Abnahme sozialer Probleme einhergeht, sondern im Gegenteil zumeist zu sich verdichtenden sozialen Konfliktlagen führt.“ Die geringeren Einnahmen aus Steuern,

Finanzausgleich und Kreisumlagen werden nämlich durch die geringeren Ausgaben (als Folge des Bevölkerungsrückgangs) nicht ausgeglichen, denn: Ein Rückgang der Nachfrage nach kommunalen Einrichtungen erhöht gleichzeitig die Fixkosten der Kommune pro Einwohner. Auch die Zahl der Kosten für Jugendhilfe pro Kopf der Bevölkerung wird durch eine rückgängige Bevölkerungszahl nicht sinken, sondern eher ansteigen (vgl. Jugendamt des Landkreises Demmin 2005, S. 2).

Eine Expertise des Landkreises Demmin bestätigt diese Zunahme von fiskalischen und sozialen Problemlagen, weil bedingt durch die demografische Bevölkerungswanderung „das soziale Gefälle der Bevölkerung immer deutlicher hervortritt“ (vgl. Jugendamt des Landkreises Demmin 2005, S. 2). Neben der Abwanderung sind in bevölkerungsschwachen Regionen als weiteres Problem die Binnenwanderungen innerhalb der Landkreise immer schwerer aufzufangen: Stark belastete Familien, so genannte „Problemfamilien“, ziehen zunehmend in die (maroderen Teile der) Städte mit ihren Großwohnsiedlungen, während wohlhabende Familien verstärkt in die (attraktiven) Landkreise und Umlandgemeinden rund um die Städte abwandern. Zu nennen wären vor allem der Landkreis Doberan rund um Rostock, aber auch die Landkreise rund um Berlin, Greifswald oder Stralsund.

Im Landkreis Nordvorpommern entsteht zusehends eine (soziale) Teilung in „nördlich und südlich der B 105“, wie Karsten Schütze vom DRK-Kreisverband erläutert. Nördlich der Bundesstraße richtet sich eine mittlerweile gut entwickelte Ferienregion mit entsprechender Infrastruktur und steigenden Mieten an eher wohlhabende Bevölkerungsgruppen. Südlich der Bundesstraße wiederum erscheint, so die Beobachtung des DRK-Kreisverbandes, die Infrastruktur sowie die soziale Struktur als immer problematischer: Verstärkt ziehen sozial und ökonomisch belastete Familien von den Küstenregionen in das Landesinnere bzw. sind ökonomisch gezwungen, sich dort eine günstigere Wohnung zu suchen. So entsteht, in der Tendenz, eine Bevölkerungsgruppe, die sich mit minimalen Bedürfnissen einrichtet und bezüglich ihrer Lebensperspektive oft resignierende Züge zeigt. Für solche Regionen setzt sich infolgedessen eine Abwärtsspirale in Gang: Junge, gut qualifizierte Menschen (vor allem Frauen) verlassen jene Regionen und gründen ihre Familien andernorts bzw. stellen ihre Arbeitskraft dort zur Verfügung. Die Wirtschaftslage jener Regionen verschlechtert sich zusätzlich noch dadurch, dass viele junge Männer als potenzielle Arbeitskräfte schlecht qualifiziert sind, was Unternehmensansiedlungen nicht erleichtert. Dies verstärkt wiederum den Wegzug. Diese zunehmend abgehängten Sozialräume benötigen, will man sie nicht endgültig „aufgeben“, eine lokale Entwicklung mit Beteiligung der Bewohnerinnen – so schwer dies auch angesichts der schwer umkehrbaren demografischen Abwärtsspirale mancher Regionen erscheinen mag.

Im Landkreis Euskirchen sind übrigens ähnliche Tendenzen zu beobachten – auch wenn die Bevölkerungszahl dort insgesamt nicht sinkt: Die infrastrukturell starken Regionen im Norden

des Kreises wachsen, während die Infrastruktur im Südkreis sich verschlechtert und die Bevölkerungszahl leicht sinkt. Da dies insgesamt zu einer Absenkung der Mieten führt, beobachtet das DRK seit einiger Zeit einen Zuzug sozial benachteiligter Familien. Gleichwohl kann dieser Zuzug das Missverhältnis von Geburten- und Sterberate sowie den Wegzug nicht kompensieren, weshalb auch das DRK im Südkreis zwei Kita-Gruppen schließen musste. „Eine schlechte Infrastruktur führt häufig zu Integrationsproblemen“, weiß Rolf Klöcker vom DRK-Kreisverband Euskirchen. Und, so Klöcker weiter: „Wenn zum Beispiel immer mehr Schwimmbäder schließen, kann das zur Folge haben, dass es die DRK-Wasserwacht immer schwerer hat, Nachwuchs zu begeistern.“

Handlungsmöglichkeiten

Das DRK hat die geschilderte Problematik durchaus erkannt und setzt sich zum Ziel, „auf diejenigen Menschen aufmerksam [zu] machen, die im Zusammenhang mit demografischen Veränderungen den Anschluss an ein Leben in der Gemeinschaft zu verlieren drohen“ (DRK 2006, S. 6). Neben diesem Aufmerksammachen sind weitreichende Handlungsmöglichkeiten angesichts der starken, von einem Wohlfahrtsverband kaum zu beeinflussenden ökonomischen und demografischen Einflussfaktoren nur schwer zu realisieren. Ansatzpunkte ergeben sich allerdings in folgenden Bereichen:

- Das Bundesmodellprojekt „Mehrgenerationenhäuser“ hat sich mittlerweile etabliert, getragen unter anderem durch Einrichtungen des DRK – etwa im Kreisverband Euskirchen. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass ein Mehrgenerationenhaus pro Landkreis den Bedarf oftmals nicht decken kann. Hinzu kommt die mitunter schwierige Erreichbarkeit mittels Öffentlichen Nahverkehrs. Das DRK sollte jeweils vor Ort, auch in Kooperation mit anderen Trägern, ausloten, welche Möglichkeiten bestehen, ein Bürger- oder Stadtteilzentrum nach dem Vorbild der Mehrgenerationenhäuser einzurichten. Das DRK kann dabei auf seine gute und angebotsübergreifende Verankerung vor Ort zurückgreifen (Jugendhilfe, Jugendrotkreuz, Seniorenarbeit, Kleiderkammer, Sanitätswesen etc.) und bietet sich daher als Träger solcher Projekte durchaus an. Ferner sollten insbesondere die Jugendsozialarbeit und die Jugendhilfe des DRK darauf achten, dass die Mehrgenerationenhäuser – obwohl zumeist nicht aus Jugendeinrichtungen entstanden – mit ihren Angeboten vermehrt auch Jugendliche ansprechen. Die ersten Erfahrungen aus dem DRK-Kreisverband mit dem Mehrgenerationenhaus sind uneingeschränkt positiv: Das Haus beginne in den Kreis hineinzuwirken und zu einer Drehscheibe für Anbieter und Angebote zu

werden. „Das Mehrgenerationenhaus ist ein sehr gutes Instrument, um die schon bestehende Vernetzung besser zu koordinieren und ganz neue Netzwerke im Kreis zu bilden“, so Rolf Zimmermann, Geschäftsführer im DRK-Kreisverband Euskirchen.

- Das Deutsche Rote Kreuz (DRK 2006, S. 10) setzt sich dafür ein, durch die Zusammenarbeit von ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter/innen den Anforderungen des demografischen Wandels begegnen zu wollen. In diesem Zusammenhang könnte das DRK folgende Forderungen unterstützen: Die Berücksichtigung ehrenamtlicher Tätigkeit von Jugendlichen beim BAföG, bei Bewerbungen oder bei Wartesemestern sowie die Weiterentwicklung der steuerlichen Anerkennung. Dadurch könnte es gelingen, mehr Jugendliche für das Ehrenamt zu gewinnen, die angesichts der demografischen Veränderungen auch dringend benötigt werden, will dem ehrenamtlichen Engagement nicht der Nachwuchs ausgehen. Allerdings: Bei aller Wertschätzung ehrenamtlicher Arbeit müssen vor allem die Jugendsozialarbeit und die Jugendhilfe des DRK nachdrücklich darauf hinweisen, dass Ehrenamtlichkeit nicht zu einer Entprofessionalisierung in der Tätigkeit mit Jugendlichen führen darf. Solche Tendenzen lassen sich bereits in der offenen Kinder- und Jugendarbeit (vgl. Kapitel 3.3) deutlich erkennen. Demgegenüber müssen die Handlungsfelder Jugendsozialarbeit und Jugendhilfe deutlich herausstellen, warum ihre Leistungen nur durch professionelle Fachkräfte erbracht werden können; dies schließt nicht aus, dass auch für die Jugendhilfe noch ungenutztes ehrenamtliches Potenzial „schlummert.“

Angesichts der beschriebenen demografischen Veränderungen werden sich, so das Fazit, Gemeinwesenarbeit und Sozialraumorientierung weiterentwickeln müssen. Einer solchen „Kultur des Sozialen“ wird die Aufgabe zukommen, junge und alte Menschen in neuen Formen des Miteinanders dazu zu befähigen, gesellschaftliche Veränderungsprozesse auf ihrer Alltagsebene zu bewältigen. Aufgrund seiner Möglichkeiten vor Ort und seines hohen Bekanntheitsgrades hat das Deutsche Rote Kreuz – und damit auch die Jugendsozialarbeit und die Jugendhilfe des DRK – durchaus Ressourcen, an einem solchen Miteinander der Generationen vor Ort gestaltend mitzuwirken.

3.8 Planung, Steuerung und Kooperation der Jugendhilfe vor Ort

Demografische Veränderungen müssen stets im Hinblick auf die regionalen und kommunalen Besonderheiten gesehen werden. Dementsprechend zeichnen sich gelingende

Handlungsmöglichkeiten durch eine spezifische Planung, Steuerung und Kooperation der Jugendsozialarbeit und der Jugendhilfe vor Ort aus, wobei drei Schwerpunkte unterschieden werden können:

Demografiebezogene Planung der Jugendhilfe vor Ort

Das Ziel einer demografiebezogenen Planung besteht darin, mögliche Entwicklungen zu prognostizieren und Handlungsstrategien zu entwerfen. Dadurch soll ein kommunalpolitischer Steuerungsdiskurs über die zukünftige Verhältnisbestimmung und damit die Ressourcensteuerung zwischen verschiedenen Versorgungssystemen bzw. dem Bildungssystem ermöglicht werden (vgl. dazu Schone 2005). Dazu zählt auch die Diskussion über die Mittelverteilung zwischen freien und öffentlichen Trägern sowie zwischen verschiedenen Leistungsbereichen.

Methodisch muss für eine demografiebezogene Planung Folgendes geleistet werden: Nach erfolgter Sammlung, Auswertung und Dokumentation der demografischen und sozialstrukturellen Daten werden die Ergebnisse in trägerübergreifenden Planungsgremien (öffentliche, freie, private, Kooperationspartner) diskutiert. Daraus sollte die Erarbeitung von Analysen, Prognosen und Handlungsempfehlungen hervorgehen, wobei folgende Leitfragen im Fokus stehen können (vgl. Bürger/Schone 2006a; 2006b; Schone 2005; vgl. auch Landschaftsverband Westfalen-Lippe 2004):

- Welche Leistungen und Angebote sollen jungen Menschen auch in Zukunft garantiert werden?
- Welche Ressourcen werden frei und wie sollten diese genutzt werden?
- Welche Vorstellungen über die Strukturen und Arbeitsweisen von Jugendhilfe vor Ort sollen entwickelt werden?
- Wie tauglich sind die existierenden Lösungsstrategien (Konzeption, Infrastruktur) für die zukünftigen Herausforderungen?

Im Rahmen des Jugendhilfeausschusses sollten diese Analysen wiederholt und überprüft werden (Bürger/Schone 2006b, S. 143f), so dass die demografiebezogene Planung eine Regelmäßigkeit erlangt. Dies ist allein deshalb notwendig, weil sich demografische Entwicklungen im kommunalen Bereich mitunter erstaunlich schnell verändern können. Parallel dazu berät der Jugendhilfeausschuss die kommunale Politik und Sozialplanung.

Vernetzung und Kooperation

Die sinkende Bevölkerungszahl sowie die Verschiebung der Altersstruktur lassen die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe in einigen Regionen als wenig lohnend erscheinen. Infolgedessen droht in einigen Regionen der zunehmende Rückzug freier Träger – die öffentliche Jugendhilfe bliebe „unter sich“ bzw. einige wenige, ökonomisch attraktive

Segmente könnten durch privatgewerbliche Anbieter übernommen werden; zu denken wäre dabei vor allem an die Schnittstellen Jugendhilfe/Gesundheit oder Jugendhilfe/Schule (etwa in Form von privaten Schulträgern mit sozialarbeiterischen Nachmittagsangeboten). Eine solche Einschränkung der Trägerlandschaft kann allerdings weder im Interesse des DRK noch der öffentlichen Jugendhilfe oder der Adressat/innen sein.

Um diesem Trend entgegenzuwirken und die Trägerstrukturen vor Ort zu stärken, zeichnen sich die meisten Modellprojekte zum demografischen Wandel in der Jugendhilfe dadurch aus, dass sie ein arbeitsfeldübergreifendes, sozialräumliches Konzept der Kinder- und Jugendhilfe entwerfen, bei dem verschiedene lokale Akteure (der Kinder- und Jugendhilfe, aber auch der Arbeitsagenturen, Schulen und Bildungsträger) Berücksichtigung finden. Wird auch bisher oft von Kooperation und Vernetzung gesprochen, so gerät angesichts der demografischen Veränderung die Zusammenarbeit verschiedener Träger zur *Notwendigkeit*, wollen die Träger auch in Zukunft ihre Angebote aufrechterhalten. Allerdings: Auch wenn die Bedeutung der Kooperation steigen wird, so muss zugleich die Trägervielfalt erhalten bleiben; diese bietet den Adressat/innen das im SGB VIII garantierte Wunsch- und Wahlrecht und trägt zu einer flexiblen und innovativen Jugendhilfepraxis vor Ort bei.

Insbesondere das DRK verfügt über vielfältige Möglichkeiten der inner- und außerverbandlichen Vernetzung. Als Wohlfahrtsverband und Hilfsgesellschaft mit einem hohen Bekanntheitsgrad eröffnen sich etliche Möglichkeiten – allerdings, so ist aus den Kreisverbänden zu hören, muss sich der Gesamtverband stärker bemühen, das innerverbandliche „Schubladendenken“ zu überwinden. Statt einer Einschränkung der Angebotsvielfalt wünschen sich die befragten Kreisverbände, dass die Vielfalt dazu genutzt wird, um stärker gemeinsam aufzutreten und die vielen Schnittstellen in innovative Projekte und Arbeitsfelder umzusetzen.

Qualifizierung und Gewinnung von Fachkräften

Der demografische Wandel wirkt sich freilich nicht allein auf die Adressat/innen aus, sondern auch auf die Möglichkeit der Gewinnung neuer Mitarbeiter/innen für die Jugendsozialarbeit und die Jugendhilfe des DRK. Dabei sehen sich diese beiden Handlungsfelder des DRK folgenden Herausforderungen gegenüber:

- Da der Frauenanteil innerhalb der Sozialen Arbeit bei etwa 75 Prozent liegt, sind die Träger der Jugendsozialarbeit und der Jugendhilfe in den ostdeutschen Bundesländern von der starken Abwanderung junger Frauen mit Hochschulbildung besonders betroffen. Daher muss die (vorausschauende) Gewinnung von neuen Mitarbeiter/innen einen zunehmenden Stellenwert erhalten.
- Die Mitarbeiterinnen der Kinder- und Jugendhilfe in den ostdeutschen Bundesländern weisen eine höhere Altersstruktur auf, weshalb viele Mitarbeiter/innen in den

kommenden Jahren ihre Berufstätigkeit beenden werden. In den westdeutschen Bundesländern wird sich jene Entwicklung, wenn auch zeitverzögert, ebenfalls einstellen. Das höhere Durchschnittsalter zieht möglicherweise ein Folgeproblem „etwa in den Bereichen der Kindertagesstätten und der Hilfen zur Erziehung“ (Winkler/Zander 2007, S. 142) nach sich, „weil mit zunehmendem Alter die Distanz zu Kindern und Jugendlichen zunimmt, während die Belastungsfähigkeit abnimmt“ (Winkler/Zander 2007, S. 142). Auch dieses Argument spricht dafür, durch die Gewinnung junger Mitarbeiter eine gute Altersmischung zu gewährleisten.

- Im Kreisverband Nordvorpommern hat man die Erfahrung gemacht, dass sich Stellen für Erzieher/innen noch recht problemlos wiederbesetzen lassen, bei Stellen, die ein Hochschulstudium voraussetzen, werde es schwierig: Ungefähr die Hälfte der Absolvent/innen der Fachhochschule Neubrandenburg übersiedeln in die westdeutschen Bundesländer, vor allem nach Kiel, Lübeck und Hamburg. Auf der anderen Seite kommen die, die etwa aus Mecklenburg-Vorpommern zum Studium weggegangen sind, „in der Regel nicht wieder zurück in die alte Heimat“, so Karsten Schütze vom DRK-Kreisverband.

Bei der Frage nach den Handlungsmöglichkeiten lassen sich aus den Interviews vor Ort einige Anregungen formulieren, mit welchen Strategien weiterhin gut qualifiziertes Personal für die Jugendsozialarbeit und die Jugendhilfe des DRK gewonnen werden kann:

- Hilfreich ist eine gute Vernetzung bei der Personalsuche, etwa durch den kontinuierlichen Kontakt zu Fachhochschulen, Fachschulen oder dem Arbeitsamt.
- Es bietet sich an, rechtzeitig mit älteren Mitarbeitern über deren berufliche Pläne zu sprechen, um langfristig den Übergang planen zu können.
- Kreisverbände sollten noch stärker zusammenarbeiten, um gegenseitig gutes Personal zu vermitteln – um dieses nicht an andere Verbände zu verlieren.
- Arbeitskreise und fachliche Verbände tragen dazu bei, zu qualifizierten Mitarbeiter/innen Kontakt aufzubauen.
- Fachkräftemangel bildet auch eine Folge von unattraktiven Haustarifverträgen, deren Einkommensstruktur unterhalb des Tariflohns liegt. Mit solchen Verträgen ist eine gut qualifizierte Mitarbeiterin sicher nicht langfristig bei einem Träger zu halten.

4. Lobbyarbeit und Fachpolitik: Argumentationshilfen für die Jugendsozialarbeit und die Jugendhilfe des DRK

4.1 Das „knappe Gut Jugend“ bestmöglich fördern und ausbilden

Die sinkende Zahl junger Menschen verlangt eine intensivere Unterstützung und Förderung der nachwachsenden Generation, um tatsächlich allen jungen Menschen reelle Chancen auf soziale Teilhabe zu erschließen – übrigens auch aus volkswirtschaftlichen Gründen. Weniger denn je kann sich eine demografisch veränderte, älter gewordene Gesellschaft soziale Ausschlüsse und Desintegration junger Menschen leisten. Aus der Sicht der Kinder- und Jugendhilfe sind solche Überlegungen ein guter und wichtiger Ansatzpunkt für die Vertretung der Belange von Kindern und Jugendlichen im fachpolitischen Kontext:

- Die Jugendsozialarbeit und die Jugendhilfe des DRK sollten sich deshalb, wie insgesamt die Träger und Verbände der Jugendhilfe, dafür einsetzen, dass der demografische Wandel nicht als Argument für die weitere Leitungskürzung missbraucht wird. Das DRK sollte allen Versuchen, den demografischen Wandel als Begründung für Einsparungen und Verschiebungen zu Lasten von Kindern, Jugendlichen und Familien heranzuziehen, eine klare Absage erteilen. Stattdessen müssen finanzielle Ressourcen, die aufgrund der sinkenden Zahl von Kindern und Jugendlichen frei werden, für verbesserte Bildungschancen, gezielte berufliche Förderung, die Senkung der Familienarmut sowie für bessere Rahmenbedingungen bei der sozialen Integration eingesetzt werden. In diese Richtung argumentiert auch die Jugendministerkonferenz (zit. nach Jugendpolitischer Nachrichtendienst 2006, S. 2) in einem Beschluss vom Mai 2005: „Die Jugendministerkonferenz ist der Auffassung, dass die knapper gewordenen haushaltsmäßigen Ressourcen trotz demographischer Veränderungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe weiterhin sinnvolle Investitionen sind, die noch zielgerichteter eingesetzt und gegebenenfalls bedarfslagenorientiert umgeschichtet werden müssen.“ In jener Umschichtung liegen Chancen des demografischen Wandels – auf diese Chancen sollten sich die Jugendsozialarbeit und die Jugendhilfe des DRK berufen und an ihrer Umsetzung aktiv mitwirken.
- Jugendsozialarbeit und Jugendhilfe sollten sich dafür einsetzen, dass der demografische Wandel nicht als Deckmantel verwendet wird, um begonnene Tendenzen der Entprofessionalisierung weiter zu forcieren: Der Stellenabbau in der Jugendarbeit, das Lohndumping in der Jugendberufshilfe sowie die zum Teil rechtswidrigen Kürzungen im Erziehungshilfebereich weisen in eine problematische Richtung. Der Stendaler Hochschullehrer Titus Simon (2005, S. 530) berichtet aus seiner Studie, dass es mittlerweile Landkreise in Sachsen-Anhalt gebe, die den

Jugendamtsleiter und den Jugendhilfeplaner eingespart haben, zudem sei man auf „Landkreise gestoßen, in denen derzeit keine einzige Maßnahme der Jugendsozialarbeit nach § 13 KJHG vorgehalten wird und die auch nicht mehr über Fachpersonal für die Jugendhilfeplanung verfügen“. Allerdings scheinen jene Abbautendenzen momentan eher die Jugendarbeit und weniger die Jugendsozialarbeit zu betreffen (vgl. Kap. 3.1 bis 3.3).

- Die Jugendsozialarbeit und die Jugendhilfe des DRK sollten sich dafür einsetzen, dass der Umbau der sozialen Sicherungssysteme nicht primär zu Lasten der jungen Generation vorgenommen, sondern gerecht gestaltet wird. Die Bewältigung des demografischen Wandels bedeutet nämlich zugleich die Herausforderung zur Gestaltung des sozialen Wandels: Die in den vergangenen Jahren gestiegene Familienarmut, Desintegration und Bildungsbenachteiligung machen deutlich, dass sich auf der Grundlage der demografischen Veränderungen diese Trends nicht noch weiter forcieren dürfen. Im Gegenteil muss versucht werden, jene Veränderungen für eine gerechtere Lastenverteilung sowie für verstärkte Integrationsbemühungen zu nutzen.

4.2 Jungen Menschen Gehör und Beteiligung verschaffen: Gesellschaftliche Entwicklung braucht Jugend

Neben den stärker materiell bedingten Forderungen (s. 4.1) benötigen die Adressaten von Jugendsozialarbeit und Jugendhilfe darüber hinaus eine Unterstützung ihrer Interessen durch das Deutsche Rote Kreuz: Parallel zum Rückgang des Anteils der jungen Menschen steigt die Zahl der über 65-Jährigen, vor allem bei den Hochbetagten und damit den potenziell Pflegebedürftigen. Das wird zu Verteilungskämpfen um jene Mittel führen, die zur Daseinsvorsorge benötigt werden. Während die Unterstützung von Familien möglicherweise noch im Fokus stehen wird, gerät vor allem die Lebensphase Jugend aufgrund der demografischen Entwicklung zunehmend in einen Minderheitenstatus – quantitativ und in der öffentlichen Wahrnehmung und Unterstützung. Für die Kinder- und Jugendhilfe bedeutet dies, dass sie die Belange einer Bevölkerungsgruppe vertritt, die

- quantitativ sowie in der öffentlichen Aufmerksamkeit zunehmend zu einer „Randgruppe“ wird.
- über ein vergleichsweise geringes, nämlich lediglich über die Eltern der Minderjährigen, repräsentiertes Gewicht als Wählerpotenzial verfügt (Bürger 2007, S. 262).
- die sich angesichts der steigenden Zahl der Hochbetagten und potenziell Pflegebedürftigen Verteilungskämpfen um jene Mittel ausgesetzt sieht, die zur Daseinsvorsorge benötigt werden.

- die sich insgesamt einer „Kultur des Alters“ (Bernhard Rohde) gegenüber sieht, wobei sich die Bedarfe älterer Menschen auf viele gesellschaftliche Bereiche auswirken werden: Auf die Gestaltung des öffentlichen Raums, kulturelle Einrichtungen, technische Geräte, die Nutzbarkeit moderner Medien, die Verkehrsinfrastruktur – oder einfach nur auf „größere Preisschilder und flachere Bürgersteige“ (Süddeutsche Zeitung).

Die Jugendsozialarbeit und die Jugendhilfe des DRK sollten sich deshalb für Folgendes einsetzen, um den Status junger Menschen in der öffentlichen und gesellschaftlichen Wahrnehmung zu stärken:

- Das DRK sollte nachdrücklich darauf hinweisen, dass die Jugendgeneration – auch wenn sie quantitativ geringer wird – stets die Generation der Zukunft sowie der neuen Ideen bildet. Ohne eine befähigte und beachtete Jugendkultur drohen Gesellschaften zu erstarren und zu erkalten. Jede Gesellschaft braucht die Integration ihrer Jugend – verfügt nun eine Gesellschaft über immer weniger Jugendliche, so erhält diese Forderung umso mehr Gewicht.
- Die politische Mitgestaltung von jungen Menschen muss gestärkt werden: Der Abbau von Partizipations- und Aktionsräumen hingegen wird zu einem Rückgang jugendlichen Engagements führen (Nörber 2007, S. 30; vgl. Kap. 3.4).
- Das Deutsche Rote Kreuz als ein Verband, der sich mit seinen Angeboten gleichermaßen an unterschiedliche Altersgruppen wendet, hat die Möglichkeit, sich auch zukünftig um die Bindungskräfte einer Gesellschaft zu bemühen, in der sich Ältere und Jüngere in so noch nicht erlebten Zahlenproportionen gegenüberstehen. Daran, diese Bindungsprobleme zu lösen und diese Herausforderungen zu bewältigen, wird sich die sozialpolitische und gesellschaftliche Legitimation von Jugendsozialarbeit und Jugendhilfe mitentscheiden. Beide Handlungsfelder des DRK können dazu ihren Beitrag leisten.
- Die demografische Ausgangslage macht es notwendiger denn je, auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen eine Lobby für Kinder, Jugendliche und Familien zu organisieren und dabei auch offen zu legen, was es für eine Gesellschaft bedeutet, wenn sie die Belange der jungen Menschen in dieser zunehmend alternden Gesellschaft vernachlässigt. Hier erlangt insbesondere das DRK eine aufklärende Funktion mittels fundierter Analysen und engagiertem Handeln; entsprechende Sachargumente und fachpolitische

Strategien müssen in den aktuellen und fachpolitischen Diskurs eingebracht werden.

4.3 Chancengerechtigkeit sichern angesichts einer neuen, demografisch bedingten Ungleichheit

Strukturschwache Regionen sind oftmals durch einen „demografischen Sog“ betroffen: Geringe Geburtenzahlen und eine starke Abwanderung ziehen eine sich verschlechternde Infrastruktur sowie möglicherweise eine Verdichtung sozialer Problemlagen nach sich. Dies wiederum hat weitere Wegzüge, eine soziale Entmischung sowie eine geringe Gewerbeansiedlung zur Folge. *Strukturstärkere* Regionen (Universitätsstädte, Rhein-Main, Rhein-Neckar, Teile Bayerns, Rheinland) wiederum profitieren durch weitere Zuwanderung gut qualifizierter junger Menschen aus jenen strukturschwachen Kommunen. Kurzum: Es zeigt sich, dass der demografische Wandel in bereits benachteiligten Regionen neue Formen der sozialen Ungleichheit hervorbringt – eine demografisch verursachte regionale Ungleichheit. Dabei sind vor allem Kinder und Jugendliche aus materiell schlechter gestellten Lebensverhältnissen durch eine Abkopplung von gesellschaftlicher Teilhabe bedroht (ausführlich: Geißler 2002). Diese Ungleichheit wirkt sich auf viele Lebensbereiche aus: Bildung, Freizeitangebote, Arbeitsplatzangebot, Gesundheit (Richter u.a. 2008).

Das DRK sollte sich dafür einsetzen, solche Regionen zu stärken, um jungen Menschen und ihren Familien Teilhabe an gesellschaftlicher Entwicklung zu ermöglichen und gleichzeitig darauf hinweisen, dass viele junge Menschen durchaus in ihrer Heimatregion bleiben möchten. Laut der Zeitreihenstudie „Jugend in Brandenburg“ (IFK 2006) wünschen sich 90 Prozent der Jugendlichen, in ihrer Heimatregion zu bleiben und hier ihre Lebensperspektive zu entwickeln. Zu diesem Ergebnis passen auch die Ergebnisse der Shell Jugendstudie (2006), wonach der Wert der Familie als Teil der Lebensgestaltung wieder ansteigt. Zugleich sehen es 50 Prozent der befragten Jugendlichen als realistisch an, dass sie diesen Wunsch nicht werden umsetzen können – und zwar nicht nur aufgrund von fehlenden Arbeitsplätzen, sondern auch aufgrund eines infrastrukturell unattraktiven Umfeldes sowie aufgrund von mangelhaften Freizeitbedingungen (vgl. auch Mallwitz 2007).

4.4 Rechtliche Standards beachten und verteidigen

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) verpflichtet die Träger der Jugendhilfe, auch in strukturschwachen und zunehmend dünner besiedelten Regionen für junge Menschen und ihre Familien

- den vollen Leistungsanspruch,
- das Wunsch- und Wahlrecht sowie
- eine Angebotsbreite

vorzuhalten. Jene Standards dürfen auch in strukturschwachen Kommunen nicht umgangen werden, im Gegenteil: Gerade in solchen Regionen erlangt das Ziel einer Kinder- und Jugendhilfe, „positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen“ (§ 1, Abs. 4 SGB VIII), besondere Nachdrücklichkeit.

In der kommunalen Praxis allerdings werden jene Standards und Zielverpflichtungen zunehmend unterlaufen – bisweilen auch mit dem Hinweis auf demografische Veränderungen. In einer Erklärung der Fachverbände für Erziehungshilfe wird beklagt, dass gesetzliche „Verpflichtungen gegenüber jungen Menschen und ihren Familien durch offizielle Dienstanweisungen bewusst unterlaufen [werden]. Einige Jugendämter fordern zum offenen Rechtsbruch auf“ (Erklärung 2008, S. 30). Als Beispiel ist vor allem eine Dienstanweisung aus Halle/Sachsen-Anhalt vom September 2007 bekannt geworden: Diese ordnet die „Rückführung aller Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen aus der Heimerziehung“ (Erklärung 2008, S. 31) innerhalb von vier Wochen an. Ebenfalls im September 2007 verfügt eine Dienstanweisung für das Jugendamt in Berlin-Reinickendorf unter anderem, dass keine vollstationäre Unterbringung ab 16 Jahren mehr gewährt werden soll und die Belegung von Tagesgruppen bis auf weiteres auszusetzen sei.

Angesichts dieser Entwicklungen sollten die Jugendsozialarbeit und die Jugendhilfe des DRK nachdrücklich fordern,

- das SGB VIII in seinem Charakter als modernes Leistungsgesetz mit individuellem Rechtsanspruch in seinem Charakter uneingeschränkt zu erhalten.
- die Aufgaben des SGB VIII angemessen und in ihrer Vielfalt für alle Adressat/innen-Gruppen zu erhalten und zugänglich zu machen.
- ambulante Hilfen nicht gegen stationäre Hilfen auszuspielen: Der Abbau der Jugendarbeit gefährdet auch die präventiv und sozialräumlich orientierten Konzepte der erzieherischen Hilfen, der Rückbau stationärer Hilfen wiederum könnte ambulante Angebote bei bestimmten Problemlagen überfordern.
- einem Herausdrängen der jungen Volljährigen aus der Erziehungshilfen zu widersprechen und damit dem Unterlaufen des Rechtsanspruchs nach § 41 SGB VIII entgegenzuwirken.
- die Jugendämter darauf hinzuweisen, sich den gesetzlichen Aufträgen uneingeschränkt verpflichtet zu fühlen und damit allen Bürgerinnen und Bürgern Rechtssicherheit zu gewähren.

4.5 Verantwortung von Arbeitgebern einfordern: Jungen Menschen eine Zukunft bieten

Das Bemühen, Menschen in ihrer Heimatregion eine Perspektive zu geben, wird auch zu einer Aufgabe der Arbeitgeber. Sie leisten ihren Beitrag dazu, ob attraktive Arbeitsplätze einen Grund zum Verbleib in einer Region bieten oder ob unattraktive Beschäftigungsverhältnisse den Wegzug beschleunigen – zumal nur durch attraktive Arbeitsplätze (verstärkt) neue Fachkräfte nachrücken. Dabei stehen auch und insbesondere Träger der Sozialen Arbeit in der Verantwortung: Angesichts des

- Rückzugs aus Flächentarifverträgen,
- Anstiegs quasi-freiberuflicher Honorartätigkeiten,
- Abbaus langfristiger Beschäftigungsverhältnisse (momentan sind 50 Prozent aller in der Sozialen Arbeit tätigen Menschen in Ostdeutschland zeitlich befristet angestellt, in der Jugendsozialarbeit besitzen nur ein Drittel der Fachkräfte einen unbefristeten Vertrag, vgl. Simon 2005, S. 529; Schilling/Fendrich 2002, S. 27) und
- Einsatzes von immer mehr (zum Teil nicht ausgebildeten) Honorarkräften

müssen sich die Träger der Sozialen Arbeit auch selbstkritisch ihrer Verantwortung stellen. Momentan jedenfalls werden die zunehmenden Wettbewerbsbedingungen „letztlich auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen [...]. Das Personal wird zur Manövriermasse in der Kalkulation und unterliegt damit oft einem Ausbeutungsdruck“ (Otto 2005, S. 425).

Das Deutsche Rote Kreuz (DRK 2006, S. 13) hat diese Tendenzen durchaus als Problem erkannt: „Die selbstkritische Frage, die sich das DRK stellen muss, ist die nach Familienfreundlichkeit der eigenen Einrichtungen. Der Trend zu befristeten Arbeitsverträgen, zu höheren, auch zeitlichen Anforderungen an Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ist hier kontraproduktiv.“

Träger und Verbände der Jugendsozialarbeit und der Jugendhilfe müssen sich also zunächst selbst anfragen, ob sie ihrer Verantwortung als Arbeitgeber gerecht werden und durch angemessene Bezahlung, Entfristungen, perspektivische Arbeitsplätze, also dem Erhalt tarifgebundener, dauerhafter Arbeitsplätze, sowie Familienfreundlichkeit ihren Beitrag für die Stärkung von Regionen leisten. Freilich sollte das Deutsche Rote Kreuz ähnliche Forderungen auch an andere Arbeitgeber richten.

5. Zusammenfassung

5.1 Warum diese Expertise?

Mit dieser Expertise möchten die Jugendsozialarbeit und die Jugendhilfe des DRK das aktuelle Thema „Demografischer Wandel“ aufgreifen und

- die möglichen Folgen der demografischen Entwicklungen für das DRK verdeutlichen
- sowie die Gestaltungsmöglichkeiten der Jugendsozialarbeit und der Jugendhilfe des DRK aufzeigen.

Um diese Ziele zu erreichen, wertet die Expertise bestehende Expertisen, Statistiken und Fachtexte aus. Ferner wurden in drei DRK-Kreisverbänden (Demmin, Euskirchen, Nordvorpommern) Interviews geführt und Einrichtungen besucht: Durch dieses Einbeziehen von konkreten Erfahrungen und Lösungsansätzen „vor Ort“ sollen die Ergebnisse der Expertise für viele Landes- und Kreisverbände von Nutzen sein.

5.2 Der demografische Wandel – Chance oder Fluch?

Die demografische Entwicklung in Deutschland ist durch folgende Tendenzen gekennzeichnet:

- Die Bevölkerungszusammensetzung ist dadurch gekennzeichnet, dass sich die Alterspyramide deutlich verschiebt: Die Zahl der unter 20-Jährigen sinkt, während die Zahl der älteren Menschen steigt. Diese Tendenz wird sich unvermindert fortsetzen, bis zum Jahr 2040 dürfte die Hälfte der Bevölkerung über 50 Jahre alt sein, während sich der Anteil der unter 20-Jährigen von derzeit 20 auf etwa 15 Prozent reduziert haben dürfte. Die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund wird weiter ansteigen (Kap. 1.3).
- Seit einigen Jahren sinkt die Gesamtbevölkerungszahl; nach den gängigen Prognosen ist davon auszugehen, dass sie von heute 82 Millionen auf etwa 73 Millionen im Jahr 2050 schrumpfen dürfte (Kap. 1.2).
- Seit 1990 sank die Bevölkerungszahl in den ostdeutschen Bundesländern um 1,5 Millionen, was einen Rückgang von rund zehn Prozent ausmacht. Als Gründe gelten die geringe Geburtenrate sowie die Abwanderung in westdeutsche Bundesländer. Diese Tendenz hat sich abgeschwächt, halt aber nach wie vor an (Kap. 1.4).

Parallel zu diesen allgemeinen Tendenzen unterscheiden sich die Auswirkungen des demografischen Wandels von Region zu Region zum Teil erheblich – sogar in benachbarten Landkreisen kann nicht von einer einheitlichen Entwicklung ausgegangen werden. Diese

unterschiedliche Entwicklung zeigt sich auch beim Blick in die einzelnen Landkreise, die im Rahmen der Expertise besucht wurden (Kap. 2).

Der Umgang mit diesen demografischen Entwicklungen sollte weder durch Verharmlosung noch durch Dramatisierung gekennzeichnet sein. Gefordert ist vielmehr ein realistischer Blick: Zwar sind die demografischen Entwicklungen zu gravierend, als dass die Jugendsozialarbeit und die Jugendhilfe des DRK sich darauf einstellen müssen. Andererseits sind demografische Veränderungen ganz normal: So sinkt die anteilige Bevölkerungszahl der unter 20-Jährigen nicht erst seit einigen Jahren, sondern schon kontinuierlich seit 100 Jahren. Eine solche realistische, ausgewogene Sicht trägt dazu bei, dass das DRK rechtzeitig Strategien und Konzepte entwickeln kann, um die Chance zur Gestaltung in der eigenen Hand zu behalten (Kap. 1.5).

5.3 Handlungsmöglichkeiten

Der **Schulsozialarbeit** entstehen neue Aufgabenbereiche, weil Schulen vor allem in Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang zunehmend zu Bildungs- und Sozialzentren ausgebaut werden. Die Expertise kann aufzeigen, dass die DRK-Kreisverbände bereits einige neue Angebotsformen entwickelt haben, die dieser gestiegenen Bedeutung der Schulsozialarbeit gerecht werden (Kap. 3.1).

Die Jugendsozialarbeit als **berufliche und soziale Integration** sieht sich, trotz des Rückgangs der Anzahl junger Menschen, weiterhin großen Herausforderungen gegenüber. Die Anforderungen an berufliche und soziale Integration führen zu einer bleibenden Nachfrage nach Jugendsozialarbeit. Allerdings muss es dazu, wie die Expertise deutlich macht (Kap. 3.2), den Trägern wie dem DRK gelingen, diese Argumente fachpolitisch einzubringen und entsprechende Konzepte und neue Kooperationen zu entwickeln.

Die offene Kinder- und **Jugendarbeit** ist stark vom demografischen Wandel betroffen, was sich im zum Teil deutlichen Abbau dieses Arbeitsfeldes zeigt. Ein ganzes Bündel von Handlungsmöglichkeiten ist nach Einschätzung dieser Expertise notwendig, um die Bedeutung der Jugendarbeit aufrechtzuerhalten: Neue Konzepte, Kinder und jüngere Jugendliche als Zielgruppen stärken, Öffnungszeiten und Angebote flexibler gestalten, stärkere Orientierung an Projektarbeit (Kap. 3.3).

Vor allem in strukturschwachen Regionen mit starkem Bevölkerungsverlust wird die Stärkung des demokratischen und sozialen Gemeinwesens – auch durch das **ehrenamtliche Engagement von Jugendlichen** – zu einer wichtigen Aufgabe. Die Expertise begründet, warum gerade das DRK für eine solche durch Ehrenamtliche unterstützte Gemeinwesenarbeit gute Handlungsansätze aufweist. Zugleich muss auf fachpolitischer Ebene deutlich gemacht werden, dass die DRK-Jugendsozialarbeit zu einem unverzichtbaren Ort für Integration von Partizipation wird (Kap. 3.4, 3.7).

Die **Erziehungshilfen** sind als Handlungsfeld von vielen Einflussfaktoren abhängig, so dass der demografische Faktor, wie die Expertise zeigt, nur einen von vielen Aspekten darstellt. Zukünftig wird vor allem darauf zu achten sein, dass die demografische Entwicklung nicht zum Anlass genommen wird, um rechtliche oder fachliche Standards zu unterlaufen bzw. die Arbeitsbelastung der Fachkräfte noch weiter zu erhöhen (Kap. 3.5).

Angesichts des steigenden Anteils von jungen Menschen mit Migrationshintergrund kommt dem **interkulturellen Handeln** zukünftig eine (noch) höhere Bedeutung zu. Innerhalb der Expertise wird deutlich gemacht, wie die Jugendsozialarbeit und die Jugendhilfe des DRK die interkulturelle Qualifizierung auf verschiedenen Ebenen fortsetzen können. Insbesondere dem DRK als weltweite (an-)erkannte und konfessionell unabhängige Organisation kommt dabei ein besonderer Gestaltungsspielraum zu (Kap. 3.6).

Schließlich verlangt der demografische Wandel veränderte Strategien der **Planung, Steuerung und Kooperation** der Jugendhilfe in den Kommunen. Die Expertise skizziert die wichtigsten Planungsschritte, hebt die Bedeutung von Vernetzung und Kooperation hervor und beinhaltet Hinweise, um Fachkräfte weiter zu qualifizieren und neue Fachkräfte für das DRK gewinnen zu können (Kap. 3.8).

5.4 Lobbyarbeit und Fachpolitik – Argumentationshilfen für die Jugendsozialarbeit und die Jugendhilfe des DRK

Die genannten Handlungsmöglichkeiten kommen vor allem dann zum Tragen, wenn sich das DRK parallel dazu im fachpolitischen Raum für junge Menschen und ihre Familien anwaltschaftlich einsetzt – und damit auch seine eigene Position als großer Wohlfahrtsverband stärkt.

Das „knappe Gut Jugend“ muss bestmöglich gefördert und ausgebildet werden

Die sinkende Zahl junger Menschen verlangt eine intensivere Unterstützung und Förderung der nachwachsenden Generation, um tatsächlich allen jungen Menschen reelle Chancen auf soziale Teilhabe zu erschließen: Weniger denn je kann sich eine demografisch veränderte, älter gewordene Gesellschaft soziale Ausschlüsse und Desintegration junger Menschen leisten. Aus der Sicht der Kinder- und Jugendhilfe sind solche Überlegungen ein guter und wichtiger Ansatzpunkt für die Vertretung der Belange von Kindern und Jugendlichen im fachpolitischen Kontext. Die Expertise nennt dafür einige Begründungen (Kap. 4.1).

Jungen Menschen Gehör und Beteiligung verschaffen

Junge Menschen werden quantitativ sowie in der öffentlichen Aufmerksamkeit zunehmend zu einer „Randgruppe“, die zudem noch über ein geringes Gewicht als Wählerpotenzial

verfügt. Das DRK muss deshalb nachdrücklich darauf hinweisen, dass ohne eine befähigte und beachtete Jugendkultur Gesellschaften zu erstarren drohen. Jede Gesellschaft braucht die Integration ihrer Jugend: Verfügt nun eine Gesellschaft über immer weniger Jugendliche, so erhält diese Forderung umso mehr Gewicht. Daher muss unter anderem die politische Mitgestaltung von jungen Menschen gestärkt werden (Kap. 4.2).

Chancengerechtigkeit sichern angesichts „demografisch bedingter Ungleichheit“

Die Expertise zeigt, dass der demografische Wandel in bereits benachteiligten Regionen neue Formen der sozialen Ungleichheit hervorbringt und dass eine sinkende Bevölkerungszahl zu einer schlechteren Infrastruktur führt, die wiederum weitere Abwanderung und gehemmte wirtschaftliche und soziale Entwicklung zur Folge haben kann. Dabei sind vor allem Kinder und Jugendliche aus materiell schlechter gestellten Lebensverhältnissen durch eine Abkopplung von gesellschaftlicher Teilhabe bedroht. Die Expertise macht darauf aufmerksam, dass und wie jungen Menschen und ihren Familien eine Perspektive in ihrer Heimatregion geboten werden kann. Dazu gehört auch die Verantwortung der Arbeitgeber (Kap. 4.4, 4.5).

Rechtliche Standards beachten und verteidigen

In der kommunalen Praxis werden einige Standards des SGV VIII (etwa Wunsch- und Wahlrecht, voller Leistungsanspruch) zunehmend unterlaufen – bisweilen mit dem Hinweis auf demografische Veränderungen. Die Expertise benennt solche problematischen Tendenzen beispielhaft und schließt mit einem Katalog an Forderungen, der für die Beachtung und Verteidigung der erreichten (rechtlichen) Standards notwendig erscheint (Kap. 4.5).

Schlusswort

Wenn selbst Bürgermeister, wie DRK-Fachkräfte in den Kreisverbänden berichten, offen die Ansicht vertreten, es lohne angesichts des demografischen Wandels nicht, in die Jugend zu investieren, dann zeigt sich, dass der Weg hin zu einer Gestaltung des demografischen Wandels *mit* der nachwachsenden Generation – und nicht gegen sie – noch weit ist. Zumal eines klar scheint: Die Herausforderung besteht darin, Angebote an und für Jugendliche nicht abzubauen, sondern angebotsorientiert für einen größeren Anteil der Jahrgänge auszurichten. Der demografische Wandel macht es umso notwendiger, die Partizipation und Integration von jungen Menschen zu stärken. Das Deutsche Rote Kreuz kann als großer Wohlfahrtsverband mit seinen Handlungsfeldern Jugendsozialarbeit und Jugendhilfe dazu einen Beitrag leisten – im konkreten Handeln ebenso wie in der Konzeptentwicklung oder der fachpolitischen Lobbyarbeit. Je weniger Jugendliche es gibt, die eine Gesellschaft mitgestalten und weiterbringen können, desto wichtiger werden sie für die Zukunft dieser Gesellschaft. Daher gilt auch und vor allem angesichts des demografischen Wandels: In Zukunft Jugend.

Anhang

Verwendete Literatur und weitere Literaturhinweise

BBR (2005): Effiziente Instrumente und Strategien für die Kinder- und Jugendhilfe in den neuen Bundesländern von dem Hintergrund der Demografie und Abwanderung. Hrsg. vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR). Bonn.

Berlin-Institut (Hg., 2007): Not am Mann. Lebenslagen junger Erwachsener in wirtschaftlichen Abstiegsregionen der neuen Bundesländer. Hrsg. vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin, 80 Seiten.

Berlin-Institut (Hg., 2006): Die demographische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen? Hrsg. vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. München.

Berliner Zeitung (2007): Männer allein zu Haus. Im deutschen Osten wandern die jungen Frauen ab. In: Berliner Zeitung (Magazin), Nr. 216 vom 15./16.09.2007, S. 1-2.

Bertelsmann-Stiftung (2008): Wegweiser Demographischer Wandel. Daten unter: www.wegweiserdemographie.de (verschiedene Links, abgerufen zwischen 01.08.2008 und 28.12.2008).

Bertelsmann-Stiftung (Hg., 2007): Demographie konkret – Soziale Segregation in deutschen Großstädten. Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Bertelsmann-Stiftung (Hg., 2006a): Wegweiser Demographischer Wandel 2020. Analysen und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden. Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Bertelsmann-Stiftung (Hg., 2006b): Demographiemonitor. Band 2: Handlungsoptionen im demographischen Wandel. Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

BGW (2007): Sieht die Pflege bald alt aus? BGW-Report 2007. Hrsg. von der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege. Hamburg.

Birg, Herwig (2006): „Wie ein Raubtier mit Krallen. Bevölkerungsexperte Herwig Birg über die Gefahren des demographischen Wandels. In: Frankfurter Rundschau, Nr. 121 vom 26.5.2006, S. 24-27.

Bosbach, Gerd (2008): Wieso Politik und Wirtschaft demographische Horrorvisionen streuen. In: DBJR (Hg.): a.a.O., S. 36-40.

Bürger, Ulrich (2007): Demografischer Wandel und Hilfen zur Erziehung. In: Forum Erziehungshilfen, 13., Jg., Nr. 5, S. 260-269.

Bürger, Ulrich/Schone, Reinhold (2006a): Demografiebasierte Jugendhilfeplanung. In: Maykus, Stephan (Hg.): Herausforderung Jugendhilfeplanung. Weinheim, München, S. 73-92.

Bürger, Ulrich/Schone, Reinhold (2006b): Demographischer Wandel und Erziehungshilfen – Anforderungen und Perspektiven. In: Knuth, Nicole (Hg.): Hinterm Horizont geht's weiter. Perspektiven der Kinder- und Jugendhilfe. Frankfurt/Main, S. 131-150.

DBJR (2008): Demografischer Wandel. Gestaltung unter veränderten Rahmenbedingungen. Hrsg. vom Deutschen Bundesjugendring. Berlin, 42 Seiten. (Informationen auch unter: www.dbjr.de)

Deutscher Städtetag (2007): Integration von Zuwanderern. Erfahrungen und Anregungen aus der Praxis in den Städten. Berlin.

DRK (Hrsg., 2006): Der demografische Wandel. Hrsg. vom Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes. Berlin, 134 Seiten.

DRK Stavenhagen (2007): Die momentane Lebenssituation von Familien, Ist-Stand-Ermittlung. Unveröffentlichtes Ms. vom 09.08.2007, Stavenhagen.

Erklärung (2008): Rechtssicherheit für die Kinder- und Jugendhilfe! Gemeinsame Erklärung der Verbände für Erziehungshilfen. In: Forum Erziehungshilfen, Heft 1, S. 30-32.

Fendrich, Sandra/Pothmann, Jens (2007): Gehen der Heimerziehung in Ostdeutschland die Kinder aus? In: SOS Dialog, S. 40-49.

Forum Erziehungshilfen (2007): Themenheft Demografie und Erziehungshilfen. Heft 5/2007. Verlag Juventa.

Frankfurter Rundschau (2007): Erbarmen, die Hessen schwinden. Abschlussbericht der Enquete-Kommission zum demographischen Wandel. In: Frankfurter Rundschau, 63. Jg., Nr. 195, S. D2 – D3.

Frankfurter Rundschau (2008): Oben im Norden. Zur Erfolgsgeschichte eines Bundeslandes. In: Frankfurter Rundschau, Nr. 232, vom 4./5.10.2008, S. T2.

Freigang, Werner/Schone, Reinhold (2007): Ja, mach nur einen Plan... Demografischer Wandel und Jugendhilfe in Ostdeutschland. Eine Betrachtung der Entwicklung in der Stadt Neubrandenburg. In: Forum Erziehungshilfen, 13. Jg., Nr. 5, S. 270-276.

Fuchs, Johann/Söhnlein, Doris (2006): Im Osten geht die Sonne unter. In: IAB Forum, Nr. 1, S. 60-63.

Fuchs, Johann/Söhnlein, Doris (2005): Dramatischer Rückgang der Bevölkerung im Osten. In: IAB Kurzbericht, Ausgabe Nr. 19 vom 28.10.2005.

Geißler, Rainer (2002): Die Sozialstruktur Deutschlands. Hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.

Hradil, Stefan (2008): Der demografische Wandel im Spiegel von Medien, Wissenschaft und Politik. In: Dokumentation der Fachtagung des Forschungszentrums Demografischer Wandel vom 21.08.2008: Demografischer Wandel, eine Zwischenbilanz. Unter: www.fh-frankfurt.de/fzdw/Publikationen.

IAB (2005): Dramatischer Rückgang der Bevölkerung im Osten. In: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Nr. 19 vom 28.10.2005 (IAB-Kurzbericht), Nürnberg.

IFK (2006): Jugend in Brandenburg 2005/2006. Hrsg. vom Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung der Universität Potsdam. Red.: H. Großmann. Potsdam.

Jugendamt des Landkreises Demmin (2005): Entwicklung bedarfsgerechter Angebotsstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe im Landkreis Demmin. Materialien zum Modellprojekt (unveröffentlichter Bericht).

Jugendpolitischer Nachrichtendienst (2006): Demografischer Wandel und seine Auswirkungen auf die Kinder- und Jugendhilfe. Nr. 2080-81/06 vom 24.05.2006, S. 2-3.

Kaufmann, Franz-Xaver (2005): Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen. Frankfurt a.M..

Klingholz, Reiner (2006): Deutschland im demografischen Wandel. In: Deutsches Rotes Kreuz (Hg.): Der demografische Wandel. Berlin, S. 16-31.

Landesamt für Datenverarbeitung (2006): Auswirkungen des demografischen Wandels, Teil II. Hrsg. vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf, 120 S. (Infos auch unter: www.lids.nrw.de).

Landesportal (2008): Mecklenburg-Vorpommern, das Landesportal. Daten unter: www.mecklenburg-vorpommern.eu/cm2/Landesportal (Daten abgerufen zwischen 01.10.2008 und 28.12.2008).

Landschaftsverband Westfalen-Lippe/Institut für Soziale Arbeit (2004): Jugendhilfestrategien 2010. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung. Münster.

Mallwitz, Gudrun (2007): Jeder zweite Jugendliche will weg. Seit Anfang der 90er-Jahre läuft die Studie „Jugend in Brandenburg.“ Das Ergebnis ist niederschmetternd. In: Berliner Morgenpost, 15.01.2007, S. 12-13.

Nörber, Martin (2007): Schwindende Bevölkerung – schwindendes Engagement? Ehrenamtliches und freiwilliges Engagement junger Menschen in Zeiten des demographischen Wandels. In: Sozialmagazin, 32. Jg., Nr. 9, S. 30-37.

Otto, Hans-Uwe (2005): Marktkonforme Zeiten – Lohndumping in der Sozialen Arbeit. In: Neue Praxis, 35. Jg., Heft 4, S. 425-427.

Pavkovic, Gari (2007): Demografie und Migration. Anforderungen, Erwartungen und Chancen für die Jugendhilfe. In: Forum Erziehungshilfen, 13. Jg., Nr. 5, S. 281-284.

Pothmann, Jens (2008): Vergessen in der Bildungsdebatte. Dimensionen des Personalabbaus in der Kinder- und Jugendarbeit. In: KomDat Jugendhilfe, 11. Jg., Heft Nr. 1 und 2, S. 5-6.

Rauschenbach, Thomas/ Schilling, Matthias (2001): Jugendhilfe und Demographie. In: Dies. (Hg.): Kinder- und Jugendhilfereport 1. Votum Verlag, Münster, S. 221-236.

Richter, Matthias u.a. (2008, Hg.): Gesundheit, Ungleichheit und jugendliche Lebenswelten. Juventa Verlag, Weinheim und München.

Rohde, Bernhard (2007): Jugendarbeit im Zeichen des demographischen Wandels. In: Blickpunkt Jugendhilfe, 12. Jg., Nr. 4, S. 7-13.

Schilling, Matthias (2000): Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs auf die Kinder- und Jugendhilfe bis zum Jahr 2010 in Westfalen-Lippe. Hrsg.: Landschaftsverband Westfalen-Lippe. Münster, 42 S

Schilling, Matthias/Fendrich, Sandra (2002): Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf die Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendhilfe bis zum Jahre 2010 in Brandenburg. Hrsg. von der Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik. Dortmund, 60 S.

Schöne, Reinhold (2005): Entwicklungslinien und Spannungsfelder demographiebasierter Jugendhilfeplanung. In: Rauschenbach, T./Schilling, M. (Hg.): Kinder- und Jugendhilfereport 2. Weinheim, S. 190-206.

Shell Jugendstudie (2006): Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck. Bearbeitet von K. Hurrelmann und M. Albert. München.

Simon, Titus (2005): Zu den aktuellen „Problemzonen Ost.“ Jugendsozialarbeit und Jugendhilfeplanung. In: Deutsche Jugend, Heft 12, S. 528-535.

Spiegel (2003): „Schleichender Tod.“ In: Der Spiegel, Nr. 52, S. 40-42.

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2007): Zahlenspiegel Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin (aktuelle Zahlen auch unter: www.statistik-mv.de)

Statistisches Bundesamt (2006): Bevölkerung Deutschland bis 2050. 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung (Presseexemplar), Wiesbaden.

Winkler, Michael/Zander, Margherita (2007): Demographischer Wandel – das verdrängte Problem. In: Hering, Sabine (Hg.): Bürgerschaftlichkeit und Professionalität. Wiesbaden, S. 135-143.

Zeit (2004): Die letzten Kinder. In: Die Zeit, Nr. 41 vom 30.09.2004, S. 15-18.

Internetseiten

www.aktion2050.de

(Eine aufschlussreiche und detaillierte Großstudie der Bertelsmann-Stiftung, in der alle Kommunen in Deutschland mit mehr als 5000 Einwohnern hinsichtlich ihrer demografischen Entwicklung an den Stichtagen 2020 und 2050 analysiert werden. Schwerpunkte sind die Entwicklung der Einwohnerzahlen, der Sozialstruktur sowie der Bevölkerungszusammensetzung.)

www.berlin-institut.org

(Internetseite des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung mit interessanten und gut lesbaren Einzelstudien, u.a. zur Lebenssituation junger Erwachsener in den neuen Bundesländern. Siehe im Literaturverzeichnis.)

www.bpb.de/themen

(Website der Bundeszentrale für politische Bildung, die in einem Dossier Informationen und Materialien zur Bevölkerungsentwicklung und deren Auswirkungen präsentiert.)

www.demogr.mpg.de

(Website des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung.)

www.demografische-forschung.org

(„Demografische Forschung Aus Erster Hand“ wird vom Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock, in Kooperation mit dem Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien, und dem Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels herausgegeben. Ein Infoletter ist hier kostenlos zu beziehen.)

www.demographie-online.de

(Website der deutschen Gesellschaft für Demographie. Hier finden sich vor allem Veranstaltungs- und Buchhinweise.)

www.destatis.de/themen

(Website des Statistischen Bundesamtes, das umfangreiches und detailliertes Zahlenmaterial zur Bevölkerungsstatistik in Deutschland zur Verfügung stellt.)

www.fh-frankfurt.de/fzdw

(Website des Forschungszentrums Demografischer Wandel der Fachhochschule Frankfurt am Main mit einigen Texten zum kostenlosen Download.)

www.forum-demographie.de

(Website der „Initiative Demographischer Wandel“, auf der Reden des Bundespräsidenten ebenso zu finden sind wie Projekte und ein Marktplatz, der Initiativen, Studien und Veranstaltungen darstellt.)

www.wegweiserdemographie.de

(Weitere Informationen aus der Großstudie der Bertelsmann-Stiftung; vgl. www.aktion2050.de)

www.zdwa.de

(Website des Rostocker Zentrums für demografischen Wandel. Hier finden sich viele aktuelle Daten zum Download.)

Übersicht über die Interviewpartner

- Karsten Schütze, Bereichsleiter Kinder- und Jugenddienst im DRK-Kreisverband Nordvorpommern
- Ruth Steingraf, Leiterin Sozialarbeit im DRK-Kreisverband Demmin
- Rolf Zimmermann, Geschäftsführer im DRK-Kreisverband Euskirchen
- Rolf Klöcker, stellv. Kreisgeschäftsführer im DRK-Kreisverband Euskirchen
- Prof. Dr. Bernhard Rohde, Professor für Sozialadministration an der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (HTWK) Leipzig